

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. Post und Druck-Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal, eingetragene in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Preussisch und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgrößte Kolonstellette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Wittwoch, den 4. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Weltbeben.

Ueber Nacht hat sich die Stimmung in Deutschland, ja in allen Staaten des Kapitalismus jäh gewandelt. Das war ein Jubileren und Schwärmen von dem wirtschaftlichen Aufschwung, der ewig schien. Geld floß in Strömen. Handel und Industrie blühte. Die kapitalistische Welt schien fest und sicher zu stehen. Die kleinen Störungen durch das Wecheln der Opfer, durch das Mißvergnügen der minder Beglückten und die bewußt kämpfende Gegenorganisation des antikapitalistischen Proletariats wurden kaum beachtet. Ueber den ganzen Erdball tollten frohgenuet und harten Herzens die Sieger des Kapitalismus. Es gab für sie keine Schranke, kein Hindernis, kein Abwärts und kein Stoden — diese Gesellschaftsordnung war ein granitener Bau. Ein Thor, wer schwarzsehend Krisen, Katastrophen, Zusammenbrüche voraus sagte, weil er die inneren Widersprüche der politisch-wirtschaftlichen Verfassungen der Staaten erkannte, Widerspruch, die einmal zur Entscheidung gebracht werden müssen. Das waren nur die Einbildungen von beschränkten Doktrinären oder gewissenlosen Hezern. Die Wahrheit aber, die herrliche Wirklichkeit war, daß die Kurse in göttlichem Ungestüm stiegen, daß Arbeit in Hülle und Fülle da war, daß zu der gewaltig steigenden Produktion ohne Stodung sich willige Abnehmer drängten.

Der Uebermut ist heute bis zum letzten Rest getilgt. Der Kapitalismus fühlt sich nicht mehr als der unbestechliche Eroberer, dem keine Macht der Welt etwas anhaben könnte, er ist verzagt geworden, giebt sich sehr pessimistisch, düstersten Zukunfts-Betrachtungen hin, und die Angst packt ihn, dieser Riesenbau aus Gold und Papier möchte plötzlich zusammensinken — als rascher Schwindelbau sich entlarven.

Zuerst begann es finanziell zu kriseln. Man verlor den Glauben, daß die wirtschaftliche Entwicklung weiter in diesem stürmischen Geleise fortgehen werde. An den Börsen brachen schlimme Paniken aus, und nach leichter Erholung verfielen sie immer tiefer in das graue Elend des Mißtrauens.

Erst die elementare Wucht hernieder brechende sibirische Frage die Stimmung völlig ins Verzweifelte geleitet. Der Wahnsinn des Wettlaufens, die sinnlose Politik der brutalen Gewalt, die christliche Missionstätigkeit mit Pulver und Blei treten jetzt wie ein tödliches Geschwür an die Oberfläche. All die großen, lärmenden Worte, die in unsrer Chauvinistenpresse wiederhallen, täuschen nicht über die geheime Furcht, die man wirklich empfindet. Die völlige Unklarheit auch nur über die nächste Entwicklung, die Raslosigkeit, die Angst vor dem Ungewissen, Ungeheuerlichen — all das hat einen bangen, schwer lassenden Seelenzustand geschaffen.

Diese ganze eben noch so lebensfrische Gesellschaft fühlt sich auf unterwürdigstem Boden — von einem Weltbeben bedroht.

China schien das letzte und äppigste Weideland für den modernen Kapitalismus. Aber die Konkurrenz der Mächte, von denen keine der andern traute, und keine der andern einen Vorteil gönnte, verhin derte eine friedliche Entwicklung, das stille Einschleichen des europäischen Industrialismus in den chinesischen Agrar- und Beamtenstaat. Die provozierende Politik der rohen Gewalt rief den jetzigen Freiheitskrieg der Chinesen hervor, die nicht gutwillig die Venen rückwärts eroberten Fremden werden wollen. Die chinesische Politik der europäischen Mächte und insbesondere Deutschlands war eine Kette von schweren Fehlern. Und jetzt, wo die notwendigen Folgen sich zeigen, wütet man gegen dies alte Kulturvolk, dem doch Europa nichts von seiner überlegenen Kultur gebracht hat, sondern nur die schlimmsten Erscheinungen seiner eigenen rückständigen Barbarei. Die Kolonialpolitik des heutigen Kapitalismus, die unfähig in Kanonen Industriebeben wühlt, ist zusammengebrochen. Wie auch immer der Krieg, den wir jetzt gegen ein Volk von 400 Millionen führen, verlaufen wird, das Blut wird nutzlos geflossen sein.

Es ist nur eine tolle Farce, wenn heute die Mächte vorgeben, gemeinsam im Namen der Kultur gegen China zu kämpfen. Es treibt die Angst gleicher Konkurrenten, die zusammen bleiben, damit nicht einer dem andern zuvor komme, wenn das Zeilen beginnt.

Jetzt muß auch dem Völkerverderber die Verderbtheit und Sinnlosigkeit des herrschenden Systems klar werden. Das ist die wahre, die furchtbarste gelbe Gefahr, die des goldenen Kapitalismus. Heute tracht er in allen Fugen, raslos schäumt er in blutigen Drohungen und Verwünschungen. Wie immer die jetzige Krise endigen mag, die Weltanarchie der bürgerlichen Gesellschaft hat ihre innere Ohnmacht entblöht.

Rettung und Erlösung kann nur von dem Völkerverderber, befreienden und erhöhenden Socialismus kommen, an den wir glauben, für den wir kämpfen.

### Die Kriegserklärung des Kaisers.

Auf dem Torpedo-Übungsplatz in Wilhelmshaven hielt der Kaiser am Montag die Parade über die nach China gehenden Grenzbataillone ab und richtete dabei an die Truppen folgende Abschiedsrede:

„Mitte in den tiefsten Fiebern hinein, für mich leider nicht unterwartet, ist die Brandfackel des Krieges gezündet worden. Ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schauererregend durch seine Grausamkeit, hat meinen bewährten Vertreter getroffen und ihn dahingerafft. Die Befanden anderer Mächte schweben in Lebensgefahr, mit ihnen die Kameraden, die zu ihrem Schutze entsandt waren; vielleicht haben sie schon heute ihren letzten Kampf gekämpft.“

„Die deutsche Fahne ist beleidigt und dem Deutschen Reiche Vohu gesprochen worden. Das verlangt exemplarische

**Bestrafung und Rache.** Die Verhältnisse haben sich mit einer furchtbaren Geschwindigkeit zu tiefem Ernst gestaltet und, seitdem ich Euch unter die Waffen zur Mobilmachung berufen, noch erustet. Was ich hoffen konnte, mit Hilfe der Marine-Infanterie wieder herzustellen, wird jetzt eine schwere Aufgabe, die nur durch geschlossene Truppenkörper aller civilisierten Staaten gelöst werden kann. Schon heute hat der Chef des Kreuzergeschwaders mich gebeten, die Entsendung einer Division in Erwägung zu nehmen.

Ihr werdet einem Feinde gegenüberstehen, der nicht minder todesmutig ist wie Ihr. Von europäischen Offizieren ausgebildet, haben die Chinesen die europäischen Waffen brauchen gelernt. Gott sei Dank haben Eure Kameraden von der Marine-Infanterie und meiner Marine, wo sie mit ihnen zusammen gekommen sind, den alten deutschen Waffensatz bekräftigt und bewährt und mit Ruhm und Sieg sich verteidigt und ihre Aufgaben gelöst. So sende ich Euch nun hinaus, um das Unrecht zu rächen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen, vereint mit denen der andern Mächte, siegreich über den chinesischen wehen und auf den Mauern Peking's aufgepflanzt, den Chinesen den Frieden diktiert.

Ihr habt gute Kameradschaft zu halten mit allen Truppen, mit denen Ihr dort zusammenkommt, Russen, Engländern, Franzosen, wer es auch sei; sie kämpfen alle für die eine Sache, für die Civilisation. Wir denken auch noch an etwas Höheres, an unsre Religion und die Verteidigung und den Schutz unsrer Völker da draußen, die zum Teil mit ihrem Leben für ihren Heiland eingetreten sind. Denkt auch an unsre Waffengehr, denkt an diejenigen, die vor Euch gekämpft haben, und zieht hinaus mit dem alten brandenburgischen Fahnenstange:

„Vertrau auf Gott, Dich tapfer weh',  
 Daraus besteht Dein' ganze Ehr!  
 Denn, wer's auf Gott herzhafst wagt,  
 Wird nimmer aus der Welt gejagt.“

Die Fahnen, die hier über Euch wehen, gehen zum erstenmal ins Feuer. Daß Ihr mir dieselben rein und fleckenlos und ohne Makel zurückbringt! Mein Dank und mein Interesse, meine Gebete und meine Fürsorge werden Euch nicht fehlen und Euch nicht verlassen, mit ihnen werde ich Euch begleiten!“

Der Kaiser hat in jenem Ton leidenschaftlicher Aufwallung gesprochen, die wir so oft gehört haben, seitdem er den Thron bestiegen hat. So hat er der Bismarckischen Fronde die Festschmetterung angelündigt, so hat er die vaterlandlose Rote der Socialdemokratie bekämpft, so hat er denen, die Arbeitswillige an der Arbeit hindern oder gar zu einem Streik aufzuzweigen, das Hühnerhaus angedroht, so hat er den Agrariern seinen unbegrenzten Willen kundgethan, daß der Mittellandkanal gebaut wird.

Die Rede ist am Montag am frühen Nachmittag gehalten worden, aber am Dienstagmorgen erst vom „Wolffischen Bureau“ verbreitet worden. Man mühte annehmen, daß die Berichterstattung aus Wilhelmshaven noch schwieriger sei als etwa gegenwärtig von Peking, wenn nicht der „Hamb. Korresp.“ und ein Berliner „parteiloses“ Blatt in der Lage gewesen wären, den offiziellen Wortlaut schon in der Morgenausgabe zu veröffentlichen. Wird mit derartigen Dokumenten jetzt Handel getrieben — unter Anerkennung meistbegünstigter Blätter?

Die kaiserliche Ansprache wird auch im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht, ihr Wortlaut kann also als authentisch gelten. Da sie aber der Gegenzeichnung entbehrt, stellt sie gleichwohl keine Regierungshandlung dar.

Der Kaiser erkennt mit dieser Rede den Kriegszustand an, und wir nehmen an, daß er, wie es die Verfassung gebietet, das Einverständnis des Bundesrats eingeholt hat.

Aber auch ohne die Rede bestünde tatsächlich der Krieg. Es ist eine sehr lächerliche Fiktion unsrer Diplomaten, wenn sie das nicht zugeben wollen. Nach der heutigen völkerverrechtlichten Auffassung bedarf es keiner formellen Kriegserklärung, sondern der Krieg ist in dem Augenblicke als begonnen anzusehen, in dem eine militärische Gewaltaktion zwischen zwei Staaten ausgeführt worden ist.

Der Krieg besteht also zwischen den Mächten bereits seit dem Angriff auf Taku. Es ist auch ganz gleichgültig, ob es sich um einen Aufstand von Rebellen oder um Unternehmungen der chinesischen Regierung handelt. Die Mächte hatten kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, wie denn die chinesische Regierung Hochverrat gegen das eigne Land begangen haben würde, falls sie etwa die Hilfeleistung der fremden Mächte gegen die Revolutionäre veranlaßt hätte. In jedem Fall besteht völkerverrechtlich in China der Kriegszustand seit der ersten Aktion der fremden Truppen, und der deutsche Kaiser kann sich nicht mehr den aus unsrer Verfassung sich ergebenden Verpflichtungen entziehen, die der Ausbruch eines Krieges zur Folge hat.

Wilhelm II. führt den Krieg als einen Feldzug der Rache und zugleich als eine Art Kreuzzug im Namen des Christentums auf. Es ist nicht unbedeutend, daß die chinesische Staatsreligion sichtlich der christlichen durchaus ebenbürtig ist. Die andern Mächte, auf deren Mitwirkung der Kaiser bestimmt rechnet, werden schwerlich einen Religionskrieg führen wollen, zumal Sachkenner wiederholt versichert haben, daß neben der gewaltthätigen Pachtungs politik, namentlich auch das taktlose Vorgehen übereifriger unwillkürlicher Missionare den jetzigen Zustand veranlaßt hat.

Als Ziel des Krieges bezeichnet der Kaiser die Eroberung Peking's. Die Mächte sollen den Chinesen dann den Frieden gebieten. —

Entsprechend dieser Aeußerungen sind neue umfangreiche Mobilisierungen deutscher Truppen geplant. Die Weltpolitik kostet schon in ihren ersten Anfängen blutige Opfer. Uebrigens hat der Kaiser einstweilen seine Nordlandreise aufgeschoben.

### Der Reichstag hat das Wort!

Halboffizielle Aeußerungen der Presse suchen die Bedeutung der Kaiserrede abzuschwächen. Man denke nicht an große Aktionen, an Eroberungen und Aufstellungen. So betont die „Post“: „In Bezug auf unsre Politik im fernem Auslande bleibt immer noch der Bismarck'sche Anspruch: „daß ihm die ganze Herzegovina nicht die Knochen eines pomeranischen Grenadiers wert sei“, die sicherste und beste Richtschnur.“ Es liege auch nicht der mindeste Anlaß zu der Annahme vor, daß in China anders verfahren würde oder anders verfahren werden sollte.

Die Rücksicht auf die fremden Mächte fordert natürlich solche Beschwichtigungen. Immerhin stehen wir vor der Thatsache großer Truppenentsendungen. Wir gewahren ferner, daß eine gewissenlose Presse alles aufbietet, um das deutsche Volk in eine blinde Hurra-Stimmung zu hegen. So wenig ausichtslos auch diese Bemühungen sind, so sehr ist es doch notwendig, um allen Irreführungen der öffentlichen Meinung, allen spektakelnden Täuschungsversuchen, allen Eingebungen auflösender Erregung einen Damm entgegenzusetzen, daß die chinesische Aktion unter die Kontrolle des Reichstags gestellt wird.

Die bedeutenden Geldopfer, die der Krieg erfordert, machen es überdies zu einer verfassungsmäßigen Pflicht, den Reichstag, der über die Bewilligung der Kredite zu befragen ist, unverzüglich einzuberufen. Den richtigen Einwand, daß wir ja gar keinen Krieg führen, und deshalb weder Bundesrat noch Reichstag befragt werden brauchen — der erstere um seine Zustimmung zur Kriegsführung, der letztere um die Bewilligung von Geldmitteln — haben wir oben bländig zurückgewiesen.

Die Presse aller Parteien — mit Ausnahme der Freikonserverativen und Nationalliberalen — schließt sich jetzt auch unsrer Forderung an. So schreibt das Berliner Centralorgan, die „Germania“:

„Die „Berliner Neueste Nachrichten“ meinen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ sich darüber beruhigen könne; im übrigen werde glücklicherweise unsre auswärtige Politik noch nicht vom Parlament, sondern vom Kaiser bestimmt. Das ist allerdings richtig. Aber es handelt sich hier nicht allein um die auswärtige Politik, sondern auch um unvorhergesehene große Ausgaben für die Entsendung deutscher Kriegsschiffe und Truppen nach China, und bei der Höhe dieser Ausgaben, deren Steigerung noch gar nicht abzusehen ist, würde es uns vom budgetrechtlichen Standpunkt freilich als angezeigt erscheinen, wenn die Regierung den Reichstag einberufen würde, um von demselben in verfassungsmäßiger Weise durch einen Rahmgesetz die voranschreitend notwendigen Kosten der kriegerischen Expeditionen nach China bewilligen zu lassen. Wenn auch die auswärtige Politik vom Kaiser und nicht vom Parlament bestimmt wird, so wird doch das ganze deutsche Volk durch diesen Streit mit China getroffen und nicht allein finanziell, sondern auch politisch in denselben verwickelt.“

Die „Germania“ bezieht sich andeutungsweise hinzuzufügen, daß das Centrum die Regierungspolitik nachdrücklich unterstützen würde.

Gegen die Einberufung des Reichstags erklärten sich nur die Stummische „Post“, die Kruppischen „Neueste Nachrichten“ und in sehr charakteristischer Weise die nationalliberale „National-Zeitung“.

Die „Post“ vermag für den Augenblick weder eine finanzielle noch eine politische Notwendigkeit einer solchen Maßregel anzuerkennen. Eine Reichsanleihe sei nicht vonnöten. Ebenso wenig bedarf es einer „brennenderen“ Wirksamkeit des Reichstags; denn man werde sich damit begnügen, volle Sühne für die Ermordung des Gesandten zu erreichen; höher fliegende Pläne verfolg man nicht:

„Es handelt sich allein um eine Politik der Interessen, und bei dieser ist, woran auch die Berliner Grenelle hat nichts ändert, allem eine mächtigere und ruhige, fähige Ueberlegung und sorgfältige Abwägung am Platze, ob die zu erreichenden Ziele — nach ihrem wirklichen und nicht nach einem Liebhaberwerte geschätzt — auch mit den zu erreichenden Risiken im richtigen Verhältnis stehen. Insbesondere wird auch zu beachten sein, daß Deutschland sich in Ostasien seine Aktionsfreiheit wahrt und nicht in Aktionen hineingetrieben wird, bei denen die bestenfalls zu erreichenden Vorteile in argem Mißverhältnis mit den Gefahren und den Opfern an Menschenleben und materiellen Gütern stehen würden.“

In welcher Weise jene Sühne aber erreicht werden soll, das verrät weder die „Post“ noch irgend ein anderer. In der Unklarheit über die Mittel und den Inhalt der „Sühne“ steckt aber die Möglichkeit gefährvollster Abenteuer.

Welche Anschauungen von konstitutionellen Rechten unsre Liberalen haben, das zeigen die Einwendungen der „National-Zeitung“, die bemerkt:

„Schon vor der Rede des Kaisers und den neuesten Beschlüssen hatten sich einige freisinnige Blätter die Forderung angeeignet, welche der „Vorwärts“ seit dem Beginn der chinesischen Wirren erhoben hat: daß der Reichstag einberufen werden müsse. Was das socialdemokratische Blatt damit bezweckte, ist klar: zunächst Veranlassung herbeizurufen durch den Eindruck, daß wir uns in einem Zustande befänden, der die außerordentlichen Maßnahmen erfordere; falls der Reichstag aber wirklich verjagt sein würde, dann Reden ins Land gehen zu lassen von der Art eines heutigen Artikels des „Vorwärts“... Die freisinnigen

Blätter, welche das aus derartigster Privatität hervorgegangene Verlangen nach Einberufung des Reichstags unterstützen, sind demnach nicht solche, mit denen die freisinnigen Parteiführer gleiche Wege zu gehen pflegen. Die bisherige Ueberflüssigkeit der geforderten Maßregel ergibt sich am schlagendsten daraus, daß in England und Frankreich, wo die Parlamente versammelt sind und man an den chinesischen Wirren doch ebenso beteiligt ist, wie in Deutschland, mit Bezug auf die chinesischen Vorgänge parlamentarisch nichts geschieht. Es war bisher schlechterdings kein Grund zu einer Vorlage an den Reichstag vorhanden, und lediglich zu einer politischen Unterhaltung versammelt man ihn so wenig wie ein anderes Parlament. An der nachträglichen Genehmigung von Ausgaben, wie sie durch die Entsendung einiger Schiffe und sonstigen Verstärkungen bedingt werden, besteht kein Zweifel.

Die Angst unserer Westpolitiker vor einer bloßen Kritik ihrer Thätigkeit ist so groß, daß darüber die elementarsten Forderungen des Liberalismus vergessen und die verfassungsmäßigen Rechte von Volk und Reichstag schmähtlich preisgegeben werden.

Gerade diese Auslassung des „liberalen“ Blattes aber beweist eindringlicher wie irgend etwas anderes, wie notwendig es ist, daß der Reichstag zusammentritt.

Kaiserreden und offiziöse Prefanierungen genügen nicht mehr. Der Reichstag muß das Wort haben!

Ueber die Entwicklung der Ereignisse in China wird heute nichts wesentlich Neues berichtet. Wir hören, daß in Tschifu noch 20 Telegramme nicht expediert werden konnten; ob diese über die Vorgänge in Peking weiteren Aufschluß geben, wissen wir nicht.

Bestätigt wird, daß Prinz Tuan und General Kangsi sich der Centralregierung bemächtigt haben. Ueber das Schicksal der Gefandten verläutet nichts Sicheres.

Im Vordergrund des Interesses stehen heute die Erörterungen über die Rede des Kaisers und die deutschen Klüftungen.

### Deutsche Truppen sendungen.

Nachdem am Montag die Entsendung einer Division von vier Linienregimenten der Schlachtflotte angeordnet worden ist, kam am Dienstag das folgende Telegramm aus Wilhelmshaven:

„Im Hinblick auf den Ernst der Lage in Ostasien wird ein aus Freiwilligen der Armee bestehendes Expeditionscorps in der Stärke einer gemischten Brigade aufgestellt werden.“

Eine gemischte Brigade ist aus den verschiedenen Waffengattungen zusammengesetzt; eine Infanteriebrigade zählt in der Kriegsstärke 6000 Mann. Ob man hier wieder Freiwillige anwerben wird, ist bisher nicht bekannt.

Ueber die Mobilisierung der Flottendivision schreibt man uns, untern 3. Juli, aus Kiel:

Der Kaiser bestimmte, daß die erste Division des ersten Geschwaders mit Beschleunigung sich vorbereiten nach China zu gehen. Die Schiffe des ersten Geschwaders sind gestern von Kiel nach Neufahrwasser in See gegangen, müssen jetzt wieder zurückkommen und zwar nach Wilhelmshaven, da die Schiffe der ersten Division zur Nordsee gehören.

In Frage kommen die Schiffe: „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ (Kapitän v. Holtenborg), „Brandenburg“, (Kapitän v. Rosenhahn), „Weissenburg“ (Kapitän v. Hofmeister), „Wörth“ (Kapitän v. Verdenhagen), kleiner Kreuzer „Hela“ (Kommandant v. Ramming). Die ersten vier Schiffe sind Linienfahrer (Panzer erster Klasse).

Die Panzer haben ein Displacement von 10062 Tonnen und indizieren 9000 Pferdekraft. Die Geschwindigkeit ist ca. 17 Knoten. Die Besatzung beträgt ca. 540 Köpfe.

### Die „Einigkeit der Mächte“

wird durch folgende Auslassung der „Petersburger Wjedomosti“ illustriert, des „Leibblatts“ des Zaren. Der Verfasser des Artikels ist Fürst Lichtomski, ein intimer Freund des russischen Kaisers. Dieser Mann schreibt über die deutsche Politik:

Seit jenem bösen Tage, da die Deutschen unter dem Vorwand der Noth für die Missionare das im Grunde geringwertige Kiautschou an sich nahmen, wäre die Unerschrockenheit des Himmelsreichs mehr als zweifelhaft geworden. Die bedauerlichen Hinfälle der Centralregierung sah sich in die Zwangslage versetzt, in neue Gebietsabtretungen einzuwilligen und Erniedrigungen schmerzlicher Art erdulden zu müssen. Und was ist das Ergebnis des Koffes, den der deutsche Diplomat Baron Henning am chinesischen Gesandten angedrückt hat? Schon jetzt das Blut von Hunderten, und noch weitere Opfer werden folgen. Wegen fremder Fehler soll nun das Leben einer Menge von Russen der äußersten Gefahr ausgeliefert sein. Je mehr fremde Truppen in China landen, um so bedenklicher werde der Aufruhr um sich greifen. Die Ausländer haben den bis zum äußersten friedliebenden Chinesen bis zur Noth gebracht, und nun verlangen sie von ihm Ruhe und Ueberlegung. Anstatt das Feuer zu löschen, wirft man noch Brennstoff hinein; was Wunder, wenn ganze gigantische Gebiete in Flammen geraten und die Chinesen die Verzweiflung erfaßt? Die Welt des Westens sieht sich vor die unlösliche Aufgabe gestellt, für Hunderte von Millionen eine Regierung zu schaffen. Verständlich wäre noch, wenn man die Verabreichung Chinas einer einzigen Macht, einem Willen überließe, der dann die Vermittelung zwischen China und den übrigen interessierten Staaten übernehme.

Man sieht: Auch Ausland versteht es, sich als den „Fremden“ zu nähern und in dieser Jugendnahe sein Eroberungsrecht zu fordern. Das Bedauerliche ist nur, daß die thatsächlichen Fehler der deutschen Politik dem russischen Weltreich so scharfe Waffen in die Hand geliefert haben.

Auch ausländische Prefanierungen über die Kriegsbrede Wilhelm II. zeigen das tiefe Mißtrauen, das die Mächte der „Civilisation“ gegen einander hegen. Die „Times“ meinen: „Wir sind überzeugt, daß, während der Kaiser sich verpflichtet fühlt, die Ehre Deutschlands zu verteidigen durch Erlangung voller Genugthuung für das ihm in der Person seines Botschafters zugesagte Unrecht, es koste, was es wolle, er mit gehöriger Rücksicht auf die Interessen und Empfindlichkeiten anderer vorgehen werde.“ Daily Chronicle“ sagt, der Kaiser sei nicht in der Lage, die Ermordung Setteleers zu rächen. Wenn er Japan beauftragte, die Noth auszuführen, würde er der gemeinsamen Sache der Civilisation dienen, obwohl es nicht jedermann in Petersburg gefallen würde.

### Die chinesischen Vorgänge.

Im französischen Ministerialtheil der Minister des Auswärtigen Delcassé eine Depesche des französischen Konsuls in Shanghai vom 2. Juli mit, welche besagt: Prinz Tuan und General Kangsi bemächtigt sich der höchsten Gewalt, umzingelt mit ihren Truppen den kaiserlichen Palast und gaben den Vicelönigen den Befehl, gegen die Ausländer die Feindseligkeiten zu eröffnen. Die Vicelönigen in Süd- und Mittel-China weigern sich jedoch, diesen Befehlen nachzukommen.

Als durchaus zuverlässig kann die Nachricht nicht gelten.

Die Gefährdung der Missionare wird durch folgendes Berliner Telegramm gekennzeichnet.

Der kaiserliche Konsul in Tschifu telegraphiert: Provostar Freinademetz telegraphiert: Aus Tschifu ist der dortige Missionar durch die Behörde vertrieben und sofort das Zerstückwerk be-

gonnen worden. Tching ist in größter Gefahr. Gouverneur und Behörde fordern sofortige Abreise; ohne raschen Schutz ist fernere Aufenthalt unmöglich. Der Gouverneur in Tsinan drachtete mir, daß Tching in Aufruhr sei und die Missionare an die Kasse mäßten.

Ueber die Lage im Kiautschou-Gebiet ist Montagnach in Berlin folgende Nachricht des deutschen Gouverneurs eingetroffen:

Vor acht Tagen hat der chinesische Gouverneur die Mission aufgefordert, sich nach den Hofenplätzen zu begeben; auf das Verlangen, Schutz für Leben und Eigentum zu gewähren, erklärte er, hierzu außer Stande zu sein. Daher ziehen sich alle nach Tzingtau zurück. Macze ist geräumt. Die dortigen Bahndeamten sind unterwegs nach Tzingtau.

### Chambinistische Reflexionen.

Im Scharfsten Zeitungsgeschäft tobt sich ein Mitarbeiter also aus:

„Es hat sich jetzt zur Evidenz herausgestellt, daß China nicht mehr reif ist, eine solche gute Absicht auch zu wahren.“

Solche Völker müssen unter Vormundschaft genommen werden, sie haben das Recht auf Selbständigkeit verlor.

China ist längst so weit gekommen, hätte wohl auch schon eine derartige Behandlungsweise erfahren, wenn nicht Pöbeln die Mächte von entscheidenden Schritten abgehalten hätte. Die Früchte dieses Jauderns müssen wir jetzt ernten. Die Pöbeln rächt sich bitter. Durch die Geschichte wird bewiesen, daß wir es bisher am besten mit China gemeint haben und daß wir uns von den verschiedenen Eisenröhren nach Möglichkeit fern gehalten haben. Es liegt dies gottlob im deutschen Charakter; es darf uns aber nicht verleiten, die Gutmütigkeit zu weit zu treiben.

„Dem heutigen China imponiert nur noch brutale Gewalt, denn wir haben es nicht mehr mit der feigen, hinterlistigen Spitze der Literaten zu thun, sondern mit den durch diese aufgehetzten Volksmassen. Die Aufwiegler vertrieben sich wohlwollend, deren Wert ist gethan, der Fanatismus des Volks ist entzündet, und wo der einmal brennt, hilft nur noch rücksichtsloses Vorgehen.“

Der Fanatismus aber ist eine der anstehendsten Krankheiten, die wir auf der Erde kennen — darum soll man sich nicht in dem Glauben wiegen, der jetzt in China ausgebrochene Aufruhr trage einen lokalen Charakter — nein, er ist der Anfang von unermesslichen Kämpfen zwischen der gelben und der weißen Rasse, und damit der Kampf nicht allzu unmenlich wird, nehme man ihn auf. Je eher, je besser!

Gedenken wir der Worte, die erst unser Kaiser geschrieben, und formen dieselben den Verhältnissen nach, so werden sie lauten:

„So ein weißer Mann in treuer Pflichtenfüllung im Dienst der Civilisation gefallen und begraben liegt, wo das Banner der Kultur entfalteter ist, muß diese die Herrscherin sein und bleiben.“

Kann August Schell dieses Opfer parteiloser Lobsucht nicht zur Heilung nach China schicken?

Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt einen möglichst „patriotisch“ aufgearbeiteten Artikel mit der eifrigen Mahnung, ruhig Blut zu bewahren: „Unser Aufgabe und die der andern Mächte besteht lediglich darin, daß wir wieder Ruhe und Ordnung in den vom Aufruhr ergriffenen Gegenden schaffen und daß wir eine ausreichende Sühne für die Ermordung unseres Gesandten durchsetzen. Was darüber ist, das ist vom Hebel.“

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Juli.

### Die grüne Internationale.

Der Internationale Kongreß über die Organisation der Landwirte zum Getreideverkauf trat am 28. Juni im Stadthaus zu Versailles zusammen. Baron de Courcel, der frühere französische Vorkämpfer in Berlin, eröffnete den Kongreß. Herr Dr. Köstke vom Deutschen Bund der Landwirte war auch anwesend, es wurde ihm die Ehre zu teil, in den Vorstand gewählt zu werden.

Die Eröffnungsrede des Präsidenten hob hervor, daß es gälte, die Mittel und Wege zu finden, den Getreideverkauf zu organisieren und dadurch den Landwirten Getreidepreise zu verschaffen, bei denen sie bestreben könnten. Es sei dies eine Frage nicht nur von allergrößter Bedeutung für die Landwirte, sondern auch für die nationale Wehrkraft wie für das Wohl des Volks im ganzen. In dieser Beziehung wie in so vielen andern ständen die Interessen der Landwirte aller Länder in völliger Harmonie. Herr Dr. Köstke stellte in der Eröffnungsrede fest, daß die Landwirte aller Länder den Verhandlungen des Kongresses mit großem Interesse folgten, zudem die Initiative von Frankreich ausgegangen sei, weil er geeignet sei, eine Ueberstimmung der Meinungen herbeizuführen, wie man die vorliegenden Fragen einer glücklichen Lösung entgegenführen könne.

Der Eröffnungsfeier folgte die Konstituierung dreier Sektionen, die ihre Arbeiten auch sofort begannen. Die erste behandelte die Frage der Organisation des Getreideverkaufs, die zweite die Mittel zur Sicherung des Absatzes, die dritte endlich die Erfahrungen des Auslands in der Organisation des Getreideverkaufs und zolltarifliche Fragen.

Es wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:

Unter ausdrücklicher Anerkennung der vielen Mißstände an den Getreidebörsen wird eine durchgreifende Börsenreform empfohlen, wobei insbesondere die Aufhebung der Blankotermingeschäfte unter Einführung bestimmter Strafbestimmungen einzuschließen wäre. Die Unlagbarkeit von Differenzforderungen aus reinen Spielgeschäften wird grundsätzlich anerkannt. Bei diesen Bestimmungen haben, wie die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, die Erfahrungen, die mit dem deutschen Vorkämpfer gemacht und von den Vertretern des Bundes der Landwirte entwickelt wurden, ganz besondere Beachtung gefunden.

Hinsichtlich des Getreideverkaufs wurde beschlossen, daß er unter Mitwirkung aller bestehenden landwirtschaftlichen Vereine in genossenschaftlicher Weise organisiert werden solle, dergestalt, daß entweder der Verkauf erfolge unter Gewährung von Vorzügen mit späterer Abrechnung unter Inanspruchnahme eines gleichen Jahrespreises für alle Mitglieder oder Verkauf zu festem Tagespreis auf Rechnung und Gefahr der Genossenschaft oder endlich in Kommission auf Rechnung und Gefahr des betr. Mitglieds der Organisation. Der Bau von Kornhäusern wird warm empfohlen.

Schließlich wurde noch mit knapper Majorität beschlossen, daß bei der Ausfuhr von Weizen aus Frankreich eine Rückvergütung von 5 Franc pro 100 Kilo (der Einfuhrzoll ist 7 Franc pro 100 Kilo) gewährt werden soll, bei Wehl unter Berücksichtigung eines entsprechenden Rendements.

In der feierlichen Schlußsitzung hob der Präsident Baron de Courcel mit ganz besonderer Betonung hervor, in welcher elastischer Weise im Verlauf der Verhandlungen die Gleichzeitigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse in Deutschland und Frankreich hervorgetreten sei, und das Zusammenarbeiten dieser beiden Völker könne daher gegenseitig nur zum größten Vorteil gereichen.

Unsere nationalen Agrarier haben sich in einer Weise international entwickelt, daß sogar der Erbfeind für sie zum innigsten Bundesfreund geworden ist.

Das Ziel dieser grünen Internationale ist die Organisation eines internationalen Getreideproduzenten-Rings, der — ohne Handelsverträge und Schutzzölle — im Stande wäre, den Konsumenten aller Länder wucherische Brotpreise zu dillieren.

Zu einer großen Staatsaktion soll, wie es scheint, der Fall Wüstemann-Halle aufgebaut werden. Wie dem Halleischen „Volkblatt“ mitgeteilt wird, sollen die vier Forme, welche die Entlassung Wüstemanns im Namen ihrer Mitarbeiter von der Firma forderten, vollständig vernommen worden sein. Sie sollen sich der Richtigkeit schuldig gemacht haben. Nun haben die Betroffenen nichts weiter gesagt, als von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht. Sie erklärten im Namen ihrer Mitarbeiter, daß sie mit Wüstemann nicht weiter arbeiten wollten, daß entweder er oder sie gehen müßten. Genau so, als wenn die Arbeiter dem Unternehmer erklärten: Entweder Du gehst uns diese oder jene Gehaltserhöhung zu, oder wir hören auf zu arbeiten. Solches muß das Recht des Arbeiters sein, ihn deswegen verfolgen, heißt einfach das Koalitionsrecht aufheben. Die Konsequenz wäre, daß die Arbeiter die Gründe ihrer Unzufriedenheit gar nicht mehr angeben könnten, sondern sofort in den Streik treten müßten, da ja „Rädigung“ in dem obigen Sinne stets vorliegen wird.

Auch gegen den verantwortlichen Redacteur des Halleischen „Volkblatts“, den Genossen Swienty, soll vorgegangen werden; ferner will Wüstemann Klagen werden. Er hat dem „General-Anzeiger für Halle“ einen Schreiben geschrieben, in welchem er sich möglichst rein zu waschen sucht. Daß er schon dreimal wegen Körperverletzung verurteilt ist, gibt er zu, nur sollen es das eine Mal nicht 6, sondern nur 2 Monate gewesen sein, auch stimmt es, daß seine Familie Unterkunft im Armenhaus suchen mußte, währenddem er auswärts in Arbeit war. Schuld daran waren nach ihm aber die bösen Socialdemokraten, die ihn in Leipzig außer Arbeit gebracht hätten, weil er sich nicht an der Meißener beteiligt habe. Selbst die „Post“ sieht sich angefaßt dieser Thatsachen veranlaßt, ihren neuesten Schilling etwas fähler zu behandeln. Sie hofft aber noch auf die Ergebnisse der Klage und will die Erörterung des Falls bis dahin vertagen.

### Die Rechenschaftsrede eines Centrumsmannes.

Man schreibt uns aus Köln: Das Centrum faßt den Begriff Wähler nur im engeren Sinne auf. Ein Wähler ist ein Mann, der wählt — weiter nichts. Er hat nicht das Recht, den Gewählten zur Verantwortung zu ziehen und sein Thun in öffentlicher Aussprache der Kritik zu unterwerfen; der Abgeordnete für sein Teil empfindet nicht die Pflicht, vor seinen Wählern Rechenschaft abzulegen und ihre Wünsche und Beschwerden in Empfang zu nehmen. Das ist nicht Brauch in Centrumsländern. Von den mehr als hundert ultramontanen Abgeordneten sind es genügt nicht mehr als zwei Dutzend, die sich vor oder nach der Parlamentstagung ihren Wählern in öffentlicher Versammlung zeigen.

Zu diesen wenigen gehört der Abgeordnete von Köln-Stadt, Herr Rechtsanwalt Trimborn. Aber leider lohnen es ihm seine Wähler nicht. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Centrumspartei — Volksversammlungen kennt das Centrum in Köln nicht —, worin Herr Trimborn Bericht erstattete über die abgelaufene Tagung des Reichstags, waren im ganzen 300 Mann erschienen. Herr Trimborn ist in Köln ein angesehenes und beliebtes Mann; wenn nur seine Parteifreunde und nächsten Verwandten erschienen wären, hätte die Versammlung doppelt so stark besetzt sein müssen. Aber das politische Interesse ist wie im Centrum überhaupt so auch in Köln, dem Herzen der ultramontanen Partei, über die Massen gering, und selbst Ereignisse so überaus wichtiger Art, wie sie die letzte Tagung des Reichstags anzudeuten hatte, vermögen von der großen Centrumspartei der rheinischen Metropole nur ein winziges Häuflein beisammen zu bringen. Das sind die Folgen der bisherigen Unterlassungssünden, der geistlichen Vernachlässigung der selbstverständlichen Beziehungen zwischen Wähler und Gewählten.

Es versteht sich, daß Herr Trimborn in der Kritik dessen, was das Centrum im Reichstag geleistet hat, sich auf den Standpunkt des Volkshörers am sechsten Tage stellte, der da sprach: Siehe da, es ist alles gut. Der Redner gestand ja, daß die letzte Flottenvorlage, mit deren Erörterung er seinen Bericht begann, bei ihrem Auslaufen mit Recht großes Aufsehen und tiefergehende Aufregung verursacht habe, nicht nur wegen der Höhe der Forderung, sondern auch wegen der Möglichkeit des Ganzen und wegen des Widerspruches, worin sich diese neue Vorlage mit den Versicherungen der Regierung, daß für absehbare Zeit den Flottenbedürfnissen genügt sei, gezeigt habe. Aber... und nun kamen die bekannten „Gründe“, die das Centrum bewogen hätten, der Vorlage doch zuzustimmen. Besonders lange verweilte Herr Trimborn bei der Deduktionsfrage, deren Lösung es als überaus glücklich und als ein Verdienst des Centrums pries; was man gewollt, sei erreicht, die erforderlichen Mehranwendungen seien auf die stärksten Schultern gelegt.

Herr Trimborn verschiebte, daß die eigentliche Rechnung über den Flotten-Aufwand bei der Erneuerung der Handelsverträge präsentiert wird, und daß es in letzter Instanz das Volk, die bedürftige Masse ist, die in den Aufschlüssen zu den Lebensmittelpreisen die Kosten zu bezahlen hat. Dafür ließ aber Herr Trimborn die Welt wissen, daß bei den kommenden Flottenvorlagen das Centrum keine grundsätzliche Opposition mehr machen wird. „Wer wollte sagen, meinte der Herr Abgeordnete, daß dies die letzte Flottenvorlage gewesen ist? Ich persönlich wundere mich in der That der Möglichkeit über nichts mehr. Das aber steht fest: Kommt eine neue Flottenvorlage, dann muß die Deduktionsfrage in dem Sinn gelöst werden, daß die schwächeren Schultern geschont bleiben. Die Flotte ist nun einmal da, sie ist eine vaterländische Institution. Das aber rufe ich den übertriebenen Flottenwärmer zu: Quid quid agis, prudenter agas et respice finem — das heißt zu deutsch: Samwärt so viel ihr wollt, aber denkt an das Ende, denkt an die Deduktion!“

Das Centrum bewilligt also in Zukunft alles, wenn es nur ein Mittel findet, das Volk darüber zu täuschen, daß die Massen die Kosten zu zahlen haben!

Bei der Besprechung der lex Heinze war Herr Trimborn so klug, nicht von einem Siege des Centrums zu reden; er erlachte an, daß der für das Centrum wesentliche Teil des Gesetzes gefallen sei; aber, so meinte er, die Partei sei der Meinung gewesen, nachzugeben und das Wenige zu nehmen, statt auf dem Ganzen zu bestehen und nichts zu erreichen; dann wäre das Centrum erst recht blamiert gewesen! Herr Trimborn gibt also zu, daß das Centrum sich auf alle Fälle blamiert hat. Die Folge der „Obstruktion“, so sagte der Redner, wird zunächst die sein, daß wir unser Verhältnis zur Linken revidieren. Die Tage des Kampfes um die lex Heinze haben gezeigt, daß es im Reichstag Parteien giebt, die wohl geneigt sind, einen Kulturkampf nach französischem Muster zu führen; ich denke dabei besonders an die freisinnige Volkspartei unter Führung Eugen Richters. Das werden wir uns merken für künftige Zeiten.

Auf wirtschaftlichen Gebieten werde das Centrum wie es das beim Fleischschau-Gesetz gehen habe und bei der künftigen Regelung der Handelsverträge ebenfalls thun werde, stets auf einen billigen Ausgleich der Interessen bedacht sein. Die Folge auf socialpolitischen Gebieten seien in der abgelaufenen Tagung relativ günstig gewesen; in der Abweisung der Zuschauersvorlage erlitt der Redner den Vorweis, daß für eine Repressionspolitik im Reichstag keine Stimmung sei; die übrigen positiven Ergebnisse hätten ergeben, daß die Gegenwart durchaus geeignet und gewillt sei zu socialpolitischen Reformen, namentlich werde das Centrum fortfahren, seiner Tradition als Vorläufer auf socialpolitischen Gebieten gerecht zu werden. Die viel wichtige und notwendige Forderung der Arbeiter das Centrum namentlich bei der Unfallversicherungs-Novelle durch Niederstimmen der socialdemokratischen Entwürfe bereitet hat, davon erwähnte Herr Trimborn nichts. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß er bei der Erörterung der einzelnen Gesetze mit Nachdruck auf die fleißige und erfolgreiche Mitarbeit der Socialdemokraten im Plenum wie in den Kommissionen hinwies.

Nachdem Herr Trimborn seinen Bericht beendet hatte, dankte ihm ein Redner aus der Versammlung für sein fleißiges und ergebnisreiches Wirken; der Vorsitzende brachte ein Hoch aus auf Herrn

Trimbarn und — Frau, damit wurde die Versammlung geschlossen. Eine Diskussion läßt das Centrum nicht zu, nicht einmal für die eigenen Leute, geschweige denn für Gegner. Als sich ein Centrumsmann nach dem ersten Redner zu Wort meldete, wurde ihm vom Vorsitzenden die Uhr entgegengehalten und der Redner — es war ein ultramontaner Stadteroberer — mußte zusammen und schweigend. Die Versammlung tagte nämlich schon — zwei Stunden, und es war bereits — 1/11 Uhr geworden, und in der sittenreinen Stadt des Herrn Aden ist man solide. Daß unter solchen Umständen, wo die Gelegenheit zu ausgiebiger Kritik verwehrt ist, ein parlamentarischer Rechenschaftsbericht nicht viel mehr als eine leere Form ist, liegt auf der Hand. Aber das ist eben Centrumstaktik. Die Herren Vollvertreter kümmern sich entweder überhaupt nicht um ihre Wähler oder sie handeln nach dem Grundtag: loben und loben lassen. Die Kritik scheuen sie alleamt. —

**Karlsruhe, 2. Juli.** (Cig. Ver.) Die II. Kammer beschäftigte sich heute in achtstündiger Beratung mit den von der bürgerlichen Opposition und den Socialdemokraten zur Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gestellten Anträgen und denjenigen vom Abg. Wader (Centrum) für eine neue Bevölkerungsanzahl des Landes entsprechende Wahlkreisneueinteilung. Die Nationalliberalen verlangten alle ihre früheren Konzeptionen an das direkte Wahlrecht und verzichteten auf jede Veränderung der Verhältnisse auf ihren Anteilen. Eine Absicht, die sozialdemokratische Vertretung der Kammer einzuschränken oder zu beseitigen, bestritten sie und ihre Vertreter sprachen der maßvollen Vertretung der Arbeiterinteressen in dem badischen Parlament die Anerkennung aus und feierten die Socialdemokratie als den rocher de bronze, als den ehernen Felsen gegen die anrückende Reaktion.

Bei der Abstimmung über das direkte Wahlrecht kann man bei 35 zustimmenden gegen 22 nationalliberale Stimmen der verfassungsmäßigen Zweidrittel-Mehrheit sehr nahe. Bei den beiden Abstimmungen über die Wahlkreisneueinteilung standen sich 34 gegen 19 Stimmen gegenüber; es handelt sich nur noch darum, ob hier, wo es sich um die Verbeibaltung der 63 Mandate handelt, ein Verfassungsgesetz in Frage kommt oder nicht. Die II. Kammer gab durch einen Mehrheitsbeschluß ihre Ansicht kund, daß es sich nicht um eine Änderung der Verfassung handle. —

## Ausland.

### Belgien.

**Brüssel, 3. Juli.** Die Repräsentantenkammer und der Senat, die letzten neugewählt worden sind, traten zu einer außerordentlichen Session zusammen. In beiden Häusern wurden Wahlprüfungen vorgenommen. —

### Italien.

**Rom, 3. Juli.** In der Deputiertenkammer brachte der Schatzsekretär einen Gesetzentwurf ein, betreffend ein Budgetprovisorium bis zum 31. Dezember d. J.

Im weiteren Verlauf nahm die Kammer nach kurzer Beratung die Adresse in Verantwortung der Thronrede an.

### Türkei.

**Die Werten in Albanien.** Der serbische Gesandte überreichte am 3. Juli der Pforte eine Note betreffend einen Lebensfall durch Albaner im Distrikte Bilan, wo die Ortschaft Roghile — nicht Bilan selbst — g e p l ü n d e r t und mehrere Serben getötet wurden. Pjatorowitsch protestiert in der Note gegen die Behauptung des Kamalams von Bilan, daß die Mitglieder des serbischen Komitees Unruhen provoziert hätten, und fordert eine amtliche Untersuchung der Vorfälle. —

### Äfrika.

**Vom Transvaal-Kriegsschauplatz.** Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria vom 2. Juli bestätigt, daß General Hunter den Basalt übergraben hat und daß die von Heilbron kommende Brigade Macdonalds sich mit den Truppen Hunters bei Frankfort vereinigen wird. Bullers führende Brigade, heißt es in der Depesche weiter, hat Standerton verlassen und sich nach Geyungstad begeben. Sowohl in Pretoria wie in Johannesburg werden mehrere Familien von Boeren, die gegen die Boeren kämpfen, von diesen unterhalten, einige dieser Familien sind völlig hilflos. In Heilbron, wo es an Nahrungsmitteln fehlt, werden von einem Hilfskomitee Kolonialwaren, Fleisch usw. verteilt. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, damit den Landweiden der ihnen zu Saatzeiten nötige Pflaster verteilt wird. —

## Zur Lage der Gewerkschaftsbeamten.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hegt die Schmarotcherpresse gegen die Führer der Arbeiterschaft. Die lieblichsten Anwürfe sind die, daß die Agitatoren sich von den „Arbeitsergrößen“ bei ihrem Handwerk der Arbeiterverheugung den „guten Tag“ leben u. s. f. Die Soldatenscheißer der Unternehmer wissen ganz genau, daß sie damit in ärgster Weise blutetreiben, ihr Zweck ist der, die Arbeiter gegen die Männer ihres Vertrauens aufzuwiegeln. Sie selbst, alle die im Dienst des Unternehmertums stehen, die B u e a, die B e u m e r, die J e d l i g zc. lassen sich ihre Wählerarbeit sehr gut bezahlen.

Wie wenig es zutrifft, daß die Beamten der Arbeiterschaft so glänzend bezahlt werden, das wurde recht drastisch dargelegt durch eine Statistik, welche dem Frankfurter Gewerkschaftslogenreth vorgelegt wurde. Ein ähnliches Resultat würde sich bei der Aufnahme einer Statistik über die Gehaltsverhältnisse der Redactoren der socialdemokratischen Parteipresse ergeben. Wie angestrengt auf der andern Seite die Tätigkeit dieser Beamten ist, möge an einigen Beispielen nachgewiesen werden, die uns gerade zur Hand sind.

**Die Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher** hatte die Anstellung eines weiteren besoldeten Beamten beschlossen, wodurch deren Zahl im Vorstande nun drei auf vier erhöht wurde. Gegen diesen Beschluß haben nun verschiedene Mitgliedschaften Protest erhoben. Der bisherige erste, jetzt zweite Vorsitzende, J. Siebert, wendet sich nun in dem „Schuhmacher-Rachblatt“ in einer Erklärung gegen die Proteste, indem er die verschiedenen Gründe für die Notwendigkeit der Anstellung eines vierten Beamten in der Centralverwaltung ins Feld führt. Es heißt darin u. a.:

„Von hauptsächlichem Einfluß auf diese ungünstige Lage, was ja auch schon auf der Generalversammlung in Mainz keineswegs unbekannt war, ist, daß ich durch das viele Reisen und die damit verbundene Ueberanstrengung seit Jahr und Tag mit meiner Arbeitskraft vollständig zu Ende bin. Meine Person konnte bei den Bureauarbeiten so gut wie gar nicht in Betracht kommen und nur mit Aufwendung meiner letzten physischen und geistigen Kraft, dem eisernen Zwang gehorchend, konnte ich die Tätigkeit bei Streiks und Lohnbewegungen ausüben.“

„Ich bin nun vollständig außer dem Spiel, ja leider muß ich sagen, daß der letzte Rest meiner Arbeitskraft vollständig ausgepowert und durch die letzten Streikbewegungen geradezu herausgeschunden wurde, so daß ich zunächst und auf absehbare Zeit überhaupt an irgendwelche Tätigkeit nicht denken kann. Es ist bitter, dies unter solchen Umständen offen auszusprechen zu müssen, aber ich bin eben alt, denn die 63 Jahre machen sich recht fühlbar geltend.“

„Ich hätte nun selbstverständlich auf der Magdeburger Generalversammlung gegenüber diesem Zustand die naheliegende Konsequenz gezogen, wenn mir jetzt auf meine alten Tage noch eine andre Existenz offen stände! Vielleicht können mir hier diejenigen Kollegen, die nun über die Anstellung einer jungen Kraft so entrüstet sind, einen Rat geben, was ich nun, da ich aufgebraucht bin, thun soll? Soll ich vielleicht das Armenhaus aufsuchen? !“

Die Anstellung war also nicht zu umgehen, wenn die Organisation und mit ihr die Interessen der Mitglieder nicht empfindlichen Schaden

erleiden sollten. Bitter, sehr bitter, aber ist es, daß man dieserhalb einen solchen, allem Solidaritätsgefühl höhnpredigenden Standal mit erleben muß.“

Ein andres Beispiel: Im „Zimmerer“, dem Verbandsorgan des Verbands deutscher Zimmerer, macht August Ringmann, Redacteur dieses Blatts und zugleich Vorsitzender des Verbands, folgendes bekannt:

„Zur Beachtung! Mein Gesundheitszustand, der bereits seit Monaten viel zu wünschen übrig läßt, zwingt mich, auf einige Wochen die Redaktion niederzulegen und fern von Hamburg Genesung zu suchen. Während der Zeit wird Kamerad Heinrich Ede die Redaktion übernehmen.“

Diese Beispiele zeigen, daß die Kräfte der Beamten, die im Dienst der Arbeiterschaft stehen, in vielen Fällen über die Gebühr angestrengt sind.

Die Bezahlung der Beamten, die in den Gewerkschaften, in der Parteibewegung, an der Parteipresse usw. thätig sind, steht im allgemeinen in keinem Verhältnis zu deren Leistungen. Selbst in den großen Verbänden kommen Gehälter über 2000 Mark nur ganz vereinzelt vor; 150 Mark pro Monat wird schon als eine ganz gute Bezahlung angesehen; Gehälter von 120 M., 100 M. und selbst darunter sind durchaus nichts Seltenes. Erhöhen doch erst kürzlich noch die Berliner Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes Protest gegen die auf der Verbands-Generalversammlung beschlossene Gehaltserhöhung der Beamten in der Hauptverwaltung; die Erhöhung brachte das Gehalt der beiden ersten Beamten (zwei Vorsitzende) von 160 auf 170 M. pro Monat. In der vorerwähnten Statistik fanden sich u. a. folgende Posten: 750 M. inkl. Redaktion, 300 M. Gehalt für Vorsitzenden inkl. Expedition, 180 M. inkl. Redaktion. In den jetzt angeführten Fällen handelte es sich allerdings um Leute, die noch in ihrem Beruf thätig sind und obige Summen als Entschädigung für Zeitverhältnis zc. erhielten. Die Mehrzahl der berufsmäßigen Beamten dürfte ein Gehalt von 120—150 Mark beziehen, eine Summe, die nach ihren Leistungen und nach den Anforderungen, die an sie gestellt werden, eine viel zu geringe erscheint, wie wir weiter unten des näheren nachweisen werden. Dabei sei von vornherein zugegeben, daß die Verhältnisse leider vielfach so liegen, daß die Organisationen selbst bei dem besten Willen nicht in der Lage sind, ihren Beamten eine bessere Bezahlung zu gewähren.

Die junge Organisation, die noch um ihre Existenz ringt, der von der Polizei und dem Unternehmertum die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, muß meist mit recht geringen Beiträgen beginnen, um die Massen zum Eintritt bezw. zum Ausstehen zu bewegen. Auf der andern Seite hat sie gerade anfangs die größten Anstrengungen durch Anschaffung des Materials zc.; dazu kommen kostspielige Prozesse, allerlei Verluste, die bei Ueberwindung der Hindernisse fast unvermeidlich sind. In Deutschland sind fast alle Organisationen unter den größten Schwierigkeiten ins Leben getreten; zum Glück hat es da immer Männer gegeben, die oft bei schwerer Schädigung ihrer eignen wirtschaftlichen Lage der Organisation ihre Kräfte geliehen haben, um sie vorwärts zu bringen ohne Rücksicht auf die unzulängliche Entschädigung, die sie selbst für ihre Mithewaltung erhalten konnten. Die deutsche Arbeiterbewegung ist reich an solchen Beispielen; oft genug hat der Eifer und der Idealismus einzelner Weniger die Organisation aufrecht erhalten.

So sehr solche Verhältnisse Zeugnis ablegen für die Hingabe Einzelner an die von ihnen verfolgten Sache, so dürfen sie doch niemals als dauernde, normale betrachtet werden. Leider befolgen die Arbeiterorganisationen in Deutschland, auch wenn sie längst in bessere finanzielle Verhältnisse gekommen sind (vielleicht gerade durch die Thätigkeit ihrer Beamten), bei der Festsetzung der Gehälter ihrer Beamten ein ganz falsches Princip. Sie normieren dieselben meist nach den Durchschnittslöhnen, die in dem betreffenden Berufe erzielt werden. Dabei wird in manchen Fällen gar nicht berücksichtigt, daß die zu Führern der Organisation Aufsteigenden in der Regel die intelligentesten und auch die in der Berufstätigkeit thätigsten sind. Nicht genügend gewürdigt wird ferner der Umstand, daß der Beamte der Organisation viel mehr Ausgaben für Kleidung und Wasche hat, als seine ehemaligen Berufskollegen, daß er gezwungen ist, seiner Fortbildung wegen (die aber wiederum im Interesse der Organisation liegt) sich Bücher und Zeitungen anzulegen. Noch mehr ins Gewicht fällt die Thatsache, daß der Gewerkschaftsbeamte durch die Pflichten, die er nach seinen Bureaustunden im Interesse seines Verbands auf sich nehmen muß, zu allerhand Aufwendungen gezwungen ist, wie sie die Abwesenheit vom Hause bezw. der Verkehr im Wirtschaften mit sich bringt.

Die politischen Vertreter der Arbeiterklasse sind in den Gesetzgebungs- und Verwaltungs-Körperschaften auf das eifrigste bestrebt — und mit Recht —, die Löhne der städtischen und staatlichen Arbeiter und Angestellten fortgesetzt nach Möglichkeit zu verbessern, während diese selbe Arbeiterklasse ihre eignen Beamten vielfach, teils gewiss aus Mangel an Mitteln, teils aber auch aus falsch angewandtem Princip, in recht unwürdiger Weise entlohnt.

Man wird vielleicht einwenden, daß die mittlere Beamtenkarriere bei der Post, Polizei, Steuer, dem Magistrat ja bereits eine gewisse Vorbildung erfordere, welche mit Aufwendungen an Zeit und Geld verknüpft waren, und die dem Gewerkschaftsbeamten meist abgeht. Gut! Zugegeben! Wir sind ganz bereit, diesen Umstand in Rechnung zu ziehen. Auf der andern Seite aber vergleiche man doch die Arbeitsleistung etwa eines besseren Bureaubeamten bei den oben genannten Behörden mit der eines Beamten einer Arbeiterorganisation. Erstere haben in ihrer meist nicht über sieben Stunden (häufig nur sechs Stunden) währenden Bureauthätigkeit vielfach rein mechanische Registrationsarbeit zu verrichten; in den Bureau von untrer Verwaltungsbehörden herrscht eine solche weitgehende Arbeitsteilung, daß manche Beamte überhaupt nur mit einigen wenigen Formularen zu thun haben, deren sie sich bei ihren Vernehmungen, Berichten zc. bedienen.

Dagegen die Beamten der Arbeiterklasse? Ihre Thätigkeit ist nicht bloß die vielfältigste, sondern sie haben auch in der Regel keinen Feierabend. Früh und spät, Werktags und Feiertags müssen sie zur Verfügung sein, ihr Amt zwingt sie vielfach, jedes reguläre, geordnete Familienleben aufzugeben. Die bürgerlichen Beamten erledigen in aller Ruhe ihr Pensum, vorwärtsdrängend, nicht mehr, nicht weniger; ist ihre Bureauzeit zu Ende, sind sie frei; schliefen sie die Thür ihrer Kanzlei, so lassen sie auch alles, was mit ihrer Amtstätigkeit zusammenhängt, sorglos hinter sich zurück. Der im Dienste der Arbeiterorganisationen stehende Beamte hat fast an jedem Abend irgend eine Sitzung, irgend eine Besorgung für den Verband. Und welches ungeheure Maß von Verantwortung hat der Führer einer Gewerkschaft, der Beamte der politischen Partei, oder auch die Redactoren der politischen Arbeiterpresse, welche letztere, namentlich in den kleineren Orten, vielfach alle Fäden der Bewegung in ihren Händen vereinigen, überall dabei sein müssen, unauferhörlich agitatorisch, organisatorisch thätig zu sein haben. Wie viel steht da häufig auf dem Spiele, z. B. bei Streiks. Welch hohes Maß von Umsicht und Thakraft gehört dazu, die Bewegung über alle Fährnisse hinweg zu einem günstigen Abschluß zu bringen, welche Energie und Kaltblütigkeit, sich von der impulsiv handelnden, ungestümen Vorwärts drängenden Masse nicht zu unbefonnenen Schritten drängen zu lassen.

Diese Thätigkeit, die fortgesetzte Aufregung, verbunden mit den Widerwärtigkeiten, kleinlichen Angriffen aus den eignen Reihen, mit denen jeder Arbeiterführer zu rechnen hat, alles dies ist geeignet, die robusteste Natur in einigen Jahren gesundheitlich vollständig herunterzubringen. Solche Fälle, wie sie in den eingangs angeführten Beispielen in die Erscheinung treten, sind denn leider auch nicht allzu selten.

Insmerhin soll nicht verdeckt werden, daß sich auch hier langsam aber stetig eine Entwicklung zum Besseren bemerkbar macht. Namentlich trifft das zu in Bezug auf die Beamtengehälter, welche die Gewerkschaftsorganisationen in wohlverdientem eignen Interesse in letzter Zeit vielfach erhöht haben. So konnten wir erst kürzlich im Bericht über das Münchner Arbeitersekretariat lesen, daß der Ausfluß des Gehalts der beiden Sekretäre aus eigener Initiative von 2000 auf 2400 M. erhöhte.

Weniger erfreulich liegen die Dinge noch auf dem Gebiet der Arbeitsleistung. Hier ist die Einsicht noch nicht genügend durchgedrungen, daß man den Beamten nicht über Gebühr ausnützen sollte, daß man ihm Zeit gewähren muß zur Erholung und Erneuerung seiner Kräfte, und schließlich auch zu seiner ferneren Fortbildung.

Leider nur erst die wenigen Gewerkschaften und untrere Wissens auch noch nicht bei allen Parteizeitungen ist es üblich, den Beamten und Redactoren alljährlich einen Urlaub zu gewähren. Und wie notwendig ist ein solcher. Leute, die jahrein jahraus in engen stauenden Bureauräumen, über Büchern und Zeitungen hockend, zu bringen müssen und die den weitaus größten Teil ihrer „freien“ Zeit in Sitzungen (meist im Wirtschaften) verbringen, bedürfen unbedingt einige Wochen der Ausspannung. Um die Schäden der ständigen Beschäftigungsart und der geistigen Anstrengung, die durch unvermeidlichen Berger aller Art noch vergrößert werden, einigermaßen wieder wett zu machen, ist eine zeitweise Einstellung jeder weder Berufstätigkeit das einzige Mittel. Die Erfrischung und Erholung des Beamten liegt im ureigensten Interesse der betreffenden Institutionen. Diese Anspannung bricht sich dem auch immer mehr Bahn und es haben in den letzten Jahren bereits eine Reihe Gewerkschaften ihren Beamten einen (in den meisten Fällen allerdings einen zu kurzen — 8 Tage) Urlaub gewährt. Wenn der kleine Verband der Gastwirtsgehilfen, seinen zwei Beamten der Hauptverwaltung schon seit einigen Jahren je 14 Tage und je drei Wochen Ferien gewährt, so müßten das wohl die bestgestellten größeren ebenfalls können.

Freilich, wir wissen wohl: Jeder, der sich in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt, muß sich bewußt sein, daß er nicht ein ruhiges, beschriebenes und geregelttes Beamtendasein führen kann, eine lämpfende, unauffällig vorwärts strebende Klasse braucht den ganzen Mann, die volle Kraft und Hingebung jedes Einzelnen. Aber im Interesse dieser Bewegung liegt es auch, daß ihre Führer und Beamten nicht über die Maßen angestrengt und vorzeitig lampfunfähig gemacht werden.

II. P.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Erfolgreicher Streik.** Die etwa zwanzig Arbeiter, die von der Werderischen Obstverlauf-Genossenschaft in der Markthalle in der Dorothienstraße beim Obstaufladen beschäftigt werden, verzweigten am Montagmorgen die Aufnahme der Arbeit. Bis jetzt wurde für diese Arbeit, die früh 3/4 Uhr beginnt und gegen 8 Uhr vormittags beendet ist, 1,50—2,00 M. bezahlt. Da aber in diesem Jahr bedeutend größere Mengen Obst von Werder hier ankommen und da auch die Qualität eine sehr gute ist, so daß die diesjährige Ernte ganz besonders ertragreich sein dürfte, verlangten auch die Arbeiter einen höheren Lohn und zwar 3 M. pro Mann. Der Vertreter der Gesellschaft wollte sich zunächst nur zu 2,50 M. verstehen; die Arbeiter aber beharrten einmütig auf ihrer Forderung und da sich „Arbeitswillige“ nicht fanden, mußte schließlich der Leiter in die verlangte Lohnerhöhung einwilligen.

Die Arbeit wurde daraufhin sofort wieder aufgenommen. Auch beim Pfänden in Werder selbst haben dies Jahr schon verschiedene Streiks stattgefunden, die nur durch Gewährung höherer Löhne erledigt werden konnten.

### Deutsches Reich.

**Die Hamburger Klempner, Gas- und Wasserleitungsarbeiter** sind am Montag in einen Streik eingetreten zwecks Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Etwa 100 Firmen, darunter mehrere große Emballagenfabriken, haben die Forderungen bewilligt, so daß zu den neuen Bedingungen 350 Gefellen beschäftigt werden. Mit einigen bedeutenden Firmen steht die Lohnkommission in Unterhandlung. Da der Geschäftsgang ein flotter ist, so hoffen die Arbeiter einen vollen Erfolg zu erzielen.

**Der deutsche Seemannsverband** hat infolge einer von dem Redacteur des „Seemann“, Genossen Müller, unternommenen Agitationstour in den Ostseehäfen bedeutende Fortschritte gemacht. Genosse Müller sprach in Remele, Königsberg, Danzig, Stettin, Stralsund und Lübeck vor meist gut besuchten Versammlungen der Seeleute. In sämtlichen genannten Städten, außer Lübeck, wo bereits der Verband vertreten ist, wurden Zaststellen der Seemannsorganisation gegründet.

**Der Holzarbeiterstreik in München** wird nach einem Beschluß einer am 1. Juli stattgehabten Holzarbeiter-Versammlung angefaßt der jede friedliche Einigung schroff zurückweisenden Haltung mit aller Energie fortgeführt werden. Die ledigen Kollegen werden München verlassen.

**Wegen Nötigung, der Organisation beizutreten,** war am 2. Juli vor der Strafkammer in Halle der bisher unbekannt gebliebene Arbeiter Wilhelm Bräutigam aus Salsendorf angeklagt. Der Angeklagte soll im Herbst v. J. die Bauarbeiter-Vereinigung und Meinde durch Drohungen zum Beitritt in den Bauarbeiter-Verband genötigt und durch Schimpfwörter beleidigt haben. Er bestreitet das, gibt jedoch zu, auf die Drohungen der Nichtorganisierten mit Drohungen geantwortet zu haben. Pfleger ist ein mehrfach vorbestrafter Mensch und befindet sich in Haft, und Meinde tief, als er von Bräutigam zum Beitritt in den Verband aufgefordert wurde, zu dem Unternehmer, Maurermeister Gehrig in Salsendorf, und erklärte diesem: „Die fordern mich auf zum Verband! Ich kann mit der socialen Arbeiterkass nicht zusammenarbeiten.“ Herr Gehrig entgegnete dem Denunzianten in sehr vernünftiger Weise, daß er sich um das politische Bekenntnis seiner Arbeiter nicht kümmere, und erklärte auch heute als Zeuge vor Gericht, daß er gegen die Verbandsbestrebungen der Arbeiter nichts einzuwenden habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis und erklärte in der Urteilsbegründung, daß sich Herr Gehrig den Arbeitern gegenüber nicht kräftig genug gezeigt habe.

**Die Lohnbewegung der Kölner Bäckergehilfen** hat ergebnislos geendet. Die Leiter haben sich große Mühe gegeben und eine ganze Reihe Versammlungen veranstaltet, um die Gefellen zum Eintritt in den Deutschen Bäckerverband zu veranlassen. Aber es ist nicht gelungen, mehr als etwa den vierten Teil zu organisieren. Alle Mahnungen, daß ohne eine feste gewerkschaftliche Vereinigung und Erziehung an einen ersten Schritt zur Beseitigung der trübseligen Zustände im Bäckergerberbe nicht zu denken sei, prallten ab an den durch das Bäckereileid stumpf gewordenen Arbeitern. Wie allenthalben, so sind auch im heiligen Köln die Bäckergehilfen körperlich und geistig niedergedrückt, manne bis zur stillosen Vernichtung. Auch bei dieser Lohnbewegung hat sich wieder die ganze Nüchternheit ultramontaner Handwerksmeister gezeigt, und da man mit den Bäckermeistern zu thun hatte, ist sie in ihrer rohesten Form in die Erscheinung getreten. Es hat bei dem brotessenden Publikum Aufsehen erregt, daß in den Forderungen der Arbeiter für jeden Gehilfen ein Bett und wöchentlich zwei Handtücher verlangt wurden. Das läßt appetitliche Zustände in den Bäckereien ahnen. Wenn die Forderung bewilligt und ausgeführt wird, dann muß der Bäckergehille immer noch drei und einen halben Tag mit einem Handtuch auskommen. Daß die frommen Kölner Bäckermeister vor einigen Tagen noch den Gefellen das Versammlungslokal abtrrieben, indem sie auf den Saalbesitzer wirtschaftlichen Zwang ausübten, das entspricht so sehr ultramontanen Gepflogenheiten, daß man sich weiter nicht darüber zu wundern braucht. Es gehört aber eine ungewöhnliche Stirn dazu, daß bei einer so hinterlistigen Kampfesart und angesichts der merkwürdigen Zustände in ihrem Gewerbe die Kölner Bäckereimeister in außerordentlichem Maß eine latholische Frömmigkeit betonen. Sie hat kürzlich das Fest ihres Patronus durch ein feierliches Hochamt in der Minoritenkirche abgehalten und sich mit der Innungsbahn an der Kölner Fronleichnam-Prozession beteiligt. Die Centrunspartei kann stolz sein auf die Kölner Bäckermeister, dieses Schwarzgesto Bataillon der ultramontanen Garde.

Zur Lage der Straßenbahnangelegenheiten. Die Straßenbahnangelegenheiten in Düsseldorf haben beschlossene, durch eine in einer Straßenbahn-Versammlung gewählte Kommission mit der Verwaltung in eine Unterhandlung einzutreten, um eine Aufbesserung ihrer Gehälter durchzusetzen. — Den Pferdebahnangelegenheiten in Posen ist vom Ausschussrat eine Gehaltsabhöhung zugesagt worden.

Zur Stellungnahme der katholischen Arbeitervereine zu den Krankenkassen. Von Herrn Arbeitersekretär Giesberts erhalten wir folgende Mitteilung:

In Nr. 149 vom 30. Juni Ihres Blattes heißt es in dem Bericht über die Stellung des Delegiertenrats der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln zu den Krankenkassen, nachdem die auf demselben angenommene Resolution abgedruckt ist: „Dann wurde aber beschlossen, dass für die Zukunft nur zur Hälfte in den Vorstand und der Generalversammlung vertreten sein dürften. Die Arbeitgeber hätten unbedingt die Hälfte der Mitglieder des Vorstands und der Generalversammlung für sich zu beanspruchen.“

Diese Darstellung ist grundfalsch. Auf dem betreffenden Delegiertenrat ist kein einziger Redner für die Vorschläge des Geheimrats Giesberts in der oben zitierten Form eingetreten. Sämtliche Redner sowie auch Unterzeichner in seinem Referat haben sich entschieden für strikte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und der Zweidrittel-Mehrheit der Arbeitervertreter in den Vorständen ausgesprochen. Ein anderer Beschluss als die vorgeschlagene Resolution ist überhaupt nicht gefasst worden. Bezüglich der Bemerkung, ob es wirklich Arbeiter gewesen sind, welche auf diesem Delegiertenrat vertreten waren, stelle ich fest, dass sämtliche (etwa 120) Delegierten präfrassische Arbeiter waren, welche tagtäglich in der Fabrik oder der Werkstatt usw. ihrem Verdienst nachgehen. Mit dieser Nichtigkeit dürfte auch die daran geknüpften Kritik hinfällig sein.

Achtungsvoll

J. Giesberts, Arbeitersekretär.

Köln.

Die Arbeiterinnen der großen Beauvaisischen Konservenfabrik in Kopenhagen sind ausgesperrt, weil sie sich nicht länger den Arbeitsbedingungen unterwerfen wollten. Sie erhielten 12 Öre pro Stunde (1), durften die Fabrik von morgens bis abends nicht verlassen, sprechen war verboten und kostete 10 Öre Strafe, im Wiederholungsfall 25.

Ein Streik der Kopenhagener Säge- und Zimmerarbeiter ist in einigen Betrieben eingetreten, weil die Arbeiter 20 Kr. Wochenlohn und 10 stündige Arbeitszeit wollen. Die Organisation beachtlich zur Erreichung der Forderung die Arbeitseinstellung in allen Betrieben eintreten zu lassen.

Das Schiedsgericht im schwedischen Bauarbeiterkonflikt hat nun seine Entscheidung getroffen. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt (6 1/2 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, mit 1 1/2 Stunden Pausen), am Sonnabend bis 5 Uhr. Der Arbeitslohn beträgt 20 bis 50 Öre für Arbeiter, 45 bis 90 für Handlanger, 25 bis 25 für weibliche und jugendliche Handlanger. Entspricht die Arbeit nicht der üblichen Leistungsfähigkeit, so kann der Lohn bis auf 20 Öre herabgesetzt werden. Anfänger werden nach Ueberkunft bezahlt. Bei Accordarbeiten gilt die von Arbeitgebern und Arbeitern anerkannte Preisliste. Ueberstunden und Sonntags- und Nachtarbeit werden mit 50 bzw. 100 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Arbeiter sind in der Unfallversicherung zu versichern. Kein Arbeiter darf verabschiedet werden, weil er einem bestimmten Verein angehört, andererseits dürfen die Arbeiter nicht die Arbeit niederlegen, weil der Arbeitgeber Arbeiter eines bestimmten Verbands nicht annimmt. Die Vereinbarung gilt vom 2. Juli bis 1. April 1901.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die Beschäftigung von Frauen im Telegraphen- und Fernsprechnetz in den zum internationalen Telegraphenverein gehörigen Ländern werden jetzt in dem vom Internationalen Bureau der Telegraphenverwaltungen herausgegebenen „Journal télégraphique“ sehr interessante Angaben gemacht. Noch vor dreißig Jahren wurden in sehr wenigen Ländern Frauen zum Staatsdienst und insbesondere zum Telegraphendienst zugelassen. Gegenwärtig beschäftigen bereits 32 von den zum Internationalen Verein gehörigen europäischen und außereuropäischen Ländern Frauen im Telegraphen- oder Fernsprechnetz, in mehr oder minder ausgedehntem Maße, während Frauen zu diesem Dienste nicht zugelassen werden in den Verwaltungen folgender zehn Länder: Bolivien, Bulgarien, Ägypten, Griechenland, Luxemburg, Montenegro, Katal, Neukaledonien, Tunis, Türkei und Siam. Hierbei ist zu bemerken, daß in Belgien und Spanien Frauen im Telegraphendienst zwar noch beschäftigt werden, Neueinstellungen für diesen Dienst aber nicht stattfinden.

Die für die Annahme von Frauen in den einzelnen Ländern gültigen Bestimmungen haben durchweg nur das gemeinsame, daß überall Landesangehörigkeit gefordert wird. In Deutschland, Österreich, Belgien, Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Schweiz, Portugal, Japan, Niederländisch-Indien und Neuseeland wird außer Gehaltsforderungen in allgemeiner Weise die Forderung, für die dienstlichen Anforderungen angemessen entwickelter Körperbau und Mangel jeglicher Gebrechen verlangt.

Das für den Eintritt in die einzelnen Verwaltungen vorgeschriebene Mindestalter hält sich in den Grenzen zwischen 14 und 18 Jahren, das zulässige Höchstalter, soweit es überhaupt festgesetzt ist, zwischen 17 und 45 Jahren. Das den bürgerlichen Stand der Frauen anlangt, so zeigen die Annahmestimmungen in den einzelnen Ländern manche Abweichungen. In Deutschland, Bulgarien, Niederlande, Rumänien, Japan, Neu-Seelands, Neu-England und Victoria müssen die Bewerberinnen entweder unverheiratet oder kinderlos Witwen sein; andre Länder, wie Rußland und Großbritannien, stellen nur die Forderung, daß die Kandidatinnen unverheiratet oder Witwen sein müssen, ebenso hat dies Spanien, als dort noch Frauen angenommen wurden. Österreich läßt ausdrücklich geschiedene kinderlose Frauen zu. In Frankreich sind besondere Vorschriften über den Zivilstand der Bewerberinnen nicht gegeben, es werden deshalb dort Frauen, Mädchen, Witwen und geschiedene Frauen zugelassen. Portugal beschäftigt nur Frauen, Mütter, Töchter oder Schwestern von Amtsvorstehern. Bei der Verheiratung müssen die Frauen meistens aus ihrer Dienststellung ausscheiden.

In Bezug auf Schulbildung werden von den Bewerberinnen im großen und ganzen lediglich gute Kenntnisse im Lesen und Schreiben der Landessprache gefordert, sowie eine gewisse allgemeine Bildung. Vor der Einstellung ist überall ein besonderer Post- und Telegraphenkursus durchzumachen und eine Prüfung abzulegen. Ueber die Durchschnittdauer der von Frauen im Telegraphendienst zurückgelegten Dienstzeit lassen die wenigen bezüglichen statistischen Mitteilungen der einzelnen Länder annähernd richtige Schlüsse auf die durchschnittliche Dauer der weiblichen Arbeitsfähigkeit im Telegraphendienst nicht zu.

Eine Massenversammlung von Frauen, die am 13. Juni in der Queen's Hall in London tagte, nahm folgende Resolution gegen den Boerenzug an:

„Die heutige Versammlung von Frauen aus allen Teilen des vereinigten Königreichs verurteilt den jetzt in Südafrika wütenden unglücklichen Krieg, der hauptsächlich ein Resultat der schlechten Politik der Regierung ist, einer Politik, die bereits an Toten, Verwundeten und Vermissten über 20 000 unserer tapfersten Soldaten und Millionen Gelds von den Briten und dem Schwert des britischen Volks gekostet hat, während es den zwei kleinen Staaten, mit denen wir Krieg führen, völligen Ruin bringt.“

Weitere Resolutionen protestierten gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit und gegen die Annexionierung der zwei Republiken.

Mehrlohn-Erpressungsversuch. Der juristische Sprachschatz ist um ein neues Wort bereichert worden, und das es geschah hat, ist der Vorführung des Werbergerichts in Jnowrazlaw, Herr Amtsgerichtsrat Kowale. — Der in Jnowrazlaw erscheinende „Kujawische Bote“ berichtet nämlich, daß bei einer vor dem genannten Werbergericht verhandelten Klage Herr Amtsgerichtsrat Kowale die auf Lohnhöhung abzielende Arbeitseinstellung einen Mehrlohn-Erpressungsversuch genannt habe. Mehrlohn-Erpressungsversuch ist nicht nur gut, sondern vorzüglich! Erpressungsversuch reicht stark nach dem Strafgesetzbuch. Eine solche Aufgabe für Staatsanwälte, auf Erpressungsversuche in Verbindung mit Mehrlohn einen Paragraphen des Strafgesetzbuchs zur Anwendung zu bringen.

Socialpolitisches aus Offenbach. Die Offenbacher Stadtverordneten-Versammlung genehmigte die Stelle eines Wohnungsinspektors. Man hofft dadurch den Auswüchsen und Mißständen auf diesem Gebiete kräftig zu Leibe rücken zu können. — Auf Veranlassung der in Offenbach amtierenden Schulräte — 2000 R. bewilligt, um kranke und schwächliche Kindern während der Schulferien Beaufsichtigung und Beldstigung mit Milch und Brot zu gewähren. — Außerdem wurden noch 3000 R. bereitgestellt für Schulbäder der Knaben und Mädchen der Volksschulen, die in einem dortigen Gesellschaftsbade eingerichtet werden sollen. Für später projektiert man die Errichtung eines eignen Schulbads von seiten der Stadt. In einem jetzt im Bau befindlichen Schulbause ist das erste Schulbad mit vorgehen. Auch die Errichtung einer kommunalen Apotheke steht demnächst für Offenbach bevor, da die Konzeption seitens des Ministeriums erteilt wird, wenn noch einiges Formelle seine Erledigung gefunden hat.

Grober Ungehörigkeit in Sachsen-Weimar. Unre Staatsanwaltschaft scheint sich über das auch in der zweiten Instanz erfolgte freisprechende Urteil wegen angeblichen verübten groben Ungehörigkeit, dessen sich die Genossen Gramwald und Klapfer durch Veröffentlichung eines Boykottaufrufs in Jena schuldig gemacht haben sollen, nicht zu beruhigen. Es ist von der Staatsanwaltschaft die Revision angemeldet worden. Es wäre auch zu schiedlich, wenn es gerade jetzt Hans Luge von Burmb erleben müßte, daß solche Mißthäter vom Rade nicht gepackt werden könnten.

In schauerhaftem Zustand befindet sich die Wohnung eines Schulgehilfen zu Schwarzach in Niederbayern. Das Zimmer sieht eher einem Stall ähnlich als einer menschlichen Wohnung. Der Boden ist vollständig verfault, man kann auf Rot gehen, der Tischfuß ist ebenfalls verfault. Ein Schulgehilfe, der dieses Zimmer früher bewohnte, starb an Lungenschwindsucht. Die baulichen Schäden sind dem Bezugsamt schon ein Jahr bekannt. Wohl ist bis heute noch nicht geschossen. — Ja, wenn sich um die Wohnung eines geistlichen Herrn handelte!

Arbeiterkassendestruktionen. Grund für verspätete Arbeitseinstellung. Diese Bestimmung soll jetzt in die „Ordnung“ für die von der Kopenhagener Gemeinde übergebenen Arbeiten eingetragener werden. In den zuletzt geltenden Bestimmungen hieß es: Die Frist für die Fertigstellung braucht nicht eingehalten zu werden, wenn Verhältnisse, die hindern eintrifft, ohne Schuld der Unternehmer eintreten, wie Krieg, Feuerbrand, außerordentliche Raintereignisse, Streiks oder Ansperrungen“, während früher diese Ausnahmen nicht bestanden hatten, sondern nur Naturereignisse und Streiks, die die Unternehmer nicht veranlaßt haben. Die Bestimmung soll nun dahin geändert werden, daß die Ausperrungen als Befreiungsgrund ganz fortfallen und die Streiks es nur sein sollen, „wenn sie durch die Arbeiter hervorgerufen sind“, also nicht, wenn die Arbeitgeber vorliegende Vereinbarungen brechen oder Lohnherabsetzungen durchsetzen wollen, oder den Streik herbeiführen, um die Frist nicht einhalten zu müssen. Ein Schiedsgericht soll hierüber wie über andre Streitfragen entscheiden.

Ferner soll eine Bestimmung aufgenommen werden: Die Unternehmer sind verpflichtet, die Preislisten und Uebereinkünfte zu halten, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitern des betreffenden Fachs abgeschlossen sind, und vorzugsweise dänische Arbeiter anzunehmen.“ Auch sollen sie verpflichtet sein, in Räumen, in denen kommunale Arbeitsbüros bestehen, in erster Reihe von diesen ihre Arbeiter zu beziehen.

Der achtstündige Arbeitstag im norwegischen Storting. Der achtstündige Arbeitstag ist in Norwegen auf Stortingbeschluss bereits früher versuchsweise in einigen Staatswerkstätten eingeführt. Nun hatte die Mehrzahl des „Socialkomitees“ (ein ständiger Ausschuss des Stortings) den Antrag gestellt: 1. die Versuche an den Staatswerkstätten sollen fortgesetzt, 2. auch bei den Wege- und Bahnbauarbeiten vorgenommen werden und hierzu 20 000 Kr. bewilligt werden, damit die Accordpreise um 5 Proz. für 8 Stunden im Verhältnis zu 10 Stunden erhöht werden können. Dieser Antrag stand im norwegischen Storting zur Beratung. Der Antragsteller und mehrere andre Redner bekräftigten ihn. Die Minderheit des Ausschusses beantragte, ihn nicht zur Abstimmung zu bringen. Die Großbauern sprachen dagegen, da bei der Arbeit im Freien durch unglückliche Witterung die Arbeit oft genug unterbrochen werden müßte. Sie fürchteten, die Landarbeiter könnten dann auch bald achtstündige Arbeitszeit fordern, und ein konservativer Spottete, daß das „menschenwürdige Dasein“ erst bei 8 Stunden Arbeit beginnen solle. Es wäre wohl ebenso menschenwürdig, 16 Stunden zu arbeiten. Es sei lächerlich, 20 000 Kr. dafür zu bewilligen, daß man die Leute hindert, so lange zu arbeiten, als sie wollen. (1)

Es wurde der Vermittlungsantrag gestellt, die achtstündige Arbeitszeit in den Werkstätten fortzusetzen, Punkt 2 aber aufzuschieben, womit sich auch die Minderzahl des Ausschusses einverstanden erklärte. Die Erweiterung wurde abgelehnt gegen die 33 Stimmen der Linken, der Vermittlungsvorschlag angenommen. Da jetzt Neuwahlen stattfinden, ist zu hoffen, daß die Freunde des achtstündigen Arbeitstags durch die jetzt gebotene Gelegenheit zur Wahlagitiation die Mehrzahl erlangen werden.

Die belgischen socialistischen Kooperativ-Genossenschaften haben nach den englischen Muster eine Federation gegründet. Die Dauer ist auf 30 Jahre festgesetzt; das Kapital wird gebildet durch den auf 40 Fl. pro Mitglied berechneten Beitrag; im Minimum muß jede Kooperativ-Genossenschaft 100 Franc in die Centralkasse einzahlen. Diejenigen Genossenschaften, welche noch nicht sofort der Federation beitreten, sondern sich nur der Assoziation (chambre consultative) anschließen, bezahlen 5 Centimes pro Mitglied und ein Minimum von 10 Fr. pro Genossenschaft. Alle Genossenschaften müssen sich der socialistischen Partei anschließen. Ein Direktorium ist gebildet.

Der chinesische Krieg.

Wilhelmshafen, 3. Juli. (W. Z. B.) Bischof Anger hat an den Kaiser das nachfolgende Telegramm gerichtet: „Eurer Majestät spreche ich meinen tiefsten Abscheu ob der rachsüchtigen That in Peking aus und innigsten Dank für die Worte über die Missionen in Aerschölders Rede vom gestrigen Tage.“ (Bischof Anger hat bekanntlich für die erste und bedeutendste Ursache des jetzigen Aufstands die Verlegung von Missionen erklärt.)

Wien, 3. Juli. (W. Z. B.) Die gestrige Rede des deutschen Kaisers in Wilhelmshafen besprechend, sagt die „Neue Freie Presse“: Aus der eufrosionischen Sprache ist zu ersehen, daß von Deutschland jede militärische Kräfteanstrengung zu gewärtigen ist, aber auch, daß Deutschland darauf rechnet, bis zum Ende alle übrigen Mächte an seiner Seite zu haben. Dies würde wohl auch zweifellos der Fall sein, darin stimmen wohl alle Mächte mit dem deutschen Kaiser überein, daß ihre Fahnen siegreich auf den Mauern Peking's wehen und den Chinesen Frieden diktieren müssen. Unter

dieser gebieterischen Notwendigkeit treten zunächst alle übrigen Fragen zurück. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ sagt: In temperamentvoller, begeisterten Ansprache sprach der deutsche Kaiser aus, was heute ganz Europa bewegt. Es liegt den andern Mächten gleichwohl die Pflicht ob, Deutschland in seinem Rachewerke zu unterstützen und den Chinesen gegenüber die Solidarität Europas zu bekunden.

London, 3. Juli. (W. Z. B.) Unterhaus. Der Parlaments-Untersekretär des Äußeren Brodrick erklärt, aus Nachrichten aus verschiedenen Quellen gehe hervor, daß eine große Anzahl Fremder und Missionare verschiedener Bekenntnisse in der britischen Gefandtschaft, die belagert werde, Zuflucht gesucht haben, und daß die Lage in Peking sehr ernst sei. Die Regierung habe aber keine direkte Nachricht aus Peking selbst. Ein vom 28. Juni datiertes Telegramm des Konsuls in Tientsin sei eingegangen mit der Meldung, daß drei Arsenale mit großen Vorräten an Pulver und sonstigen Kriegsvorräten von den Truppen der Mächte niedergebrannt worden seien.

Richard Morgan begründet einen Antrag auf Vertagung des Hauses in die Aufmerksamkeit auf die britische Gesandtschaft in Peking und auf die Notwendigkeit, Schritte zu ihrer Rettung zu thun, zu lenken. Er führt aus, die Lage in Peking sei im Stande, die Ordnung wieder herzustellen; die Regierung sollte proklamiert werden. Ashmead Bartlett befürwortet dringend, daß Japan gehalten werden solle, eine große Truppenmacht zum Entsatz von Peking und zur Wiederherstellung der Ordnung zu entsenden.

Ashmead Bartlett habe der Regierung in einigen Punkten Vorschläge gemacht. Er drückte die Befürchtung aus, die Regierung habe nicht genügend nachdrückliche Maßnahmen getroffen, um die Unterstützung der Mächte zu erlangen, die allein im Stande sie zum Entsatz der Gefandtschaften zu geben. Die Regierung habe am 6. Juni MacDonald und Seymour Vollmacht gegeben, nach ihrer Entscheidung zu handeln zum Entsatz oder zur Sicherung der Gefandtschaften und habe den andern Mächten mitgeteilt, daß eine so große Streitmacht aufgebracht werden solle, als von diesen Offizieren sofort verlangt werde.

Dillon habe ihn gefragt, ob der amerikanische Admiral hinsichtlich des Angriffs auf die Taku-Forts andere Meinung gewesen sei, als die Vertreter der andern Mächte.

Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß Uneinigigkeiten unter den Admiralen vorgekommen sind. Was die Eroberung der Forts von Taku betrifft, haben die Schiffe den Angriff nicht begonnen, sondern die Forts wurden mit großer Schnelligkeit durch chinesische Soldaten besetzt und ihre Lage machte die Stellung der Schiffe unhaltbar. Die Forts waren es auch, welche zuerst das Feuer auf die Schiffe der vereinigten Mächte eröffneten. Soweit wir Kenntnis haben, haben die Amerikaner, welche schon Truppen zur Befreiung Peking's geschickt hatten, denselben Anteil wie die andern Schiffe des vereinigten Geschwaders an dem Kampfe um die Forts. — Hierauf fragte Abg. Dillon, ob die Eröffnung des Feuers seitens der Forts nicht die Folge eines Ultimatum der Admirale gewesen sei. Brodrick erwidert, daß er hierüber nichts wisse, doch zweifle er nicht, daß die Admirale zuerst den Forts irgend welche Mitteilungen zugehen ließen, aber soweit die Regierung Kenntnis habe, hätten sie in völliger Uebereinstimmung gehandelt.

London, 3. Juli. (W. Z. B.) Die Abendblätter melden aus Shanghai: Berichte aus chinesischer Quelle besagen, daß an demselben Tage, an welchem Reichert v. Ketteler ermordet wurde, noch zwei andre Gesandte ermordet worden seien. Man hegt den größten Zweifel, daß in Peking noch irgend ein Ausländer am Leben sei. Aus denselben Quellen verlautet, daß das Missionsspital in Nudern niedergebrannt und die dortigen christlichen Eingeborenen niedergemetzelt seien; die fremden Missionare seien nach Kutschung geflüchtet. Die Abendblätter melden ferner aus Paris, dort laufe das Gerücht um, daß die englische Gesandtschaft die Mitteilung von der Ermordung des französischen und des englischen Gesandten erhalten habe, sie weigere sich aber, das Gerücht zu bestätigen. Eine Depesche der „Evening News“ aus Shanghai wiederholt das Gerücht von einem erneuten Kampfe um Tientsin herum mit dem Hinzufügen, Seymour solle verwundet sein. (Wies nur Gerücht!)

Paris, 3. Juli. (W. Z. B.) Deputiertenkammer. Auf eine Anfrage bezüglich der chinesischen Angelegenheiten erwiderte der Minister des Äußeren, Delcassé, Frankreich habe keinerlei Interesse an einer Teilung Chinas und hege durchaus nicht den Wunsch eines Krieges mit China, dürfe sich aber der Pflicht, seine Staatsangehörigen zu schützen und für ihre Sicherheit zu sorgen, nicht entziehen. Frankreich wolle die Aufrechterhaltung des status quo in China und habe keine heimlichen Absichten. Brodrick erklärt, er wüßte auch nicht, wer in diesem Augenblicke besondere Absichten hegen sollte. Die gemeinsame Gefahr für die Mächte eine gemeinsame Pflicht; diese Ansicht werde von allen Mächten geteilt. Frankreich habe schon Schritte getan, um das Einvernehmen der Mächte anstreben zu halten, und werde in seinen Bestrebungen für die Solidarität der Menschlichkeit fortarbeiten.

Napel, 3. Juli. (W. Z. B.) Der Ganzekreuzer „Vettor Pisani“ ist heute nach China in See gegangen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Epido-Prozess.

Brüssel, 3. Juli. (W. Z. B.) Der Anwalt des Angeklagten verlangte, daß die Verurteilung, welche hinsichtlich der Brauchbarkeit der Waffe angehängt wurden, vor dem Gerichtshof wiederholt würden. Hierüber soll später beschlossen werden. Die Zeugenvernehmung wurde fortgesetzt. Der Socialist Vollaert, welcher am Vorabend des Attentats in der in der Alhambra abgehaltenen Versammlung heftige Reden gehalten hatte, erklärte, es habe sich dabei nicht um den Plan einer Mordthat gehandelt. Der Mißgeplagte Veuclert hält seine Angabe aufrecht, daß er zu Vollaert gesagt habe, Epido werde den Bringen von Boles töten. Vollaert behauptet, nichts davon gehört zu haben, er sehe die Angeklagten nicht als Anarchisten an. Unter den heutigen Zeugen befindet sich auch der Stationschef Crocia, welcher in seiner Aussage die bekannten Einzelheiten wiederholt. Der Zeuge erklärt, Epido habe nach seiner Verhaftung erklärt, er wolle die Cyper des Traudankriegs rächen.

Dortmund, 3. Juli. (W. Z. B.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den psychiatrischen Arzt Dr. Grüne und Anna wegen Verbrechen gegen das leibende Leben zu drei Jahren Zuchthaus.

Wien, 3. Juli. (W. Z. B.) Vier Wiener Touristen, welche am Sonnabend den Dachstein bestiegen, werden demnächst. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind sie abgestürzt.

Wien, 3. Juli. (W. Z. B.) Auf der Station Josefshütte fuhr infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug auf einen Lastzug auf. Eine Person wurde schwer, fünf leicht verletzt.

London, 3. Juli. (W. Z. B.) Die „Chartered-Company“ unterhandelt mit Portugal wegen Ankauf der Provinz Roçam-bique und des Hafenplatzes Beira.

St. Louis, 3. Juli. (W. Z. B.) Der Aufstand der Straßenbahner ist beendet.

Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Barbareien vom Boerenkrieg.

London, den 30. Juni 1900.

Das Ereignis der Woche sind die Anklagen des Abgeordneten Burdett-Countis wider die Krankenpflege in Südafrikanischen Oere. Mr. Burdett-Countis war der Offentlichkeit bisher nur als der Mann der sehr viel älteren, sehr wohlhabenden und wohlthätigen Lady Burdett-Countis bekannt. Wie sein Bruder, der den Spitznamen „Silomo“ tragende Abgeordnete Sir Ellis Ashmead Bartlett (er selbst nahm bei der Verehelichung den Namen seiner Frau an), sitzt Mr. Burdett-Countis im Parlament auf den Bänken der Regierungspartei. Doch ist er als Politiker wenig hervorgetreten. Seine Hauptthätigkeit gilt den Wohlthätigkeits-Unternehmungen seiner Frau, und für Zwecke dieser Art war er nach Südafrika gegangen. Briefe von ihm an die „Times“, in denen er seine Eindrücke schilderte, waren bisher anonym erschienen, am Mittwoch aber brachte das Blatt einen von ihm unterzeichneten Brief, der wie ein Donnerblitz auf das Publikum herabfiel. Bisher hatte sich dieses dem Glauben hingegeben, daß der Krankendienst in Südafrika musterhaft eingerichtet sei und mit aller nur denkbaren Fürsorge geleitet werde. Wohl waren hier und da in Korrespondenzen Fälle von Mangel an Lazarettwagen, Krankenpflegern, Krankenbetten und sonstigen Utensilien aufgedeckt worden, aber sie wurden teils für Liebererregungen, teils als Ausnahmefälle angesehen, wie sie im Krieg unvermeidlich sind. Gegen diese letztere Auffassung namentlich richteten sich die Anklagen des Mr. Burdett-Countis. Er deutete eine ganze Reihe von Fällen an, wo nach seiner Darstellung Zeit genug war für zweckmäßige Versorgung der Kranken und Verwundeten, während tatsächlich es am Utmostwendigsten fehlte und Leiden unärslicher Art die Lage der Patienten verschlimmerten. Seine Schilderungen sind wahrhaft entsetzlich zu lesen.

Hier ein Beispiel. Es betrifft die Zustände in einem Feldhospital in der Nähe von Bloemfontein, zehn Wochen nach der Besetzung dieses Orts:

Es waren 316 Patienten, die Hälfte davon Typhuskranken. Ihr Zustand war geradezu unbeschreiblich. Die Zelte waren glodenförmig und boten Schlafgelegenheit für sechs bis acht gemeine Soldaten, sofern sie gesund und thätig waren. In vielen dieser Zelte nun lagen zehn Typhuskranken, dicht aneinander gepackt, die Sterbenden neben den Genesenden, der im Stadium der Krisis Befindliche hart an dem der Krisis Juelenden gedrückt. Kein Raum war gelassen, um zwischen sie zu treten. Vergegenwärtige man sich das und erinnere man sich, welcher Pflege Typhuspatienten bedürfen. Da keine Betten und Matrasen und nur 42 Tragbahnen vorhanden waren, so folgt daraus, daß 274 Patienten auf der Erde liegen mußten. Es herrschte großer Mangel an volleren Bettlächern, und kein Patient konnte mehr als eins haben, zwischen sich und dem Boden nichts als eine wasserdicke Decke. Der Boden ist hart wie Stein, und die Temperatur fällt des Nachts bis auf den Gefrierpunkt. Abgesehen von anderen Gegenständen, die nicht erwähnt werden können, fehlte es gänzlich an Latex und Kesseln, oder was als Bettwäsche irgend welcher Art hätte figurieren können; nur das rauhe Bettuch rieb wider die von Fieberglut empfindlich gemachte Haut. Die Hitze, welche während der Mittagssonne in diesen Zelten herrschte, war erdrückend, der Geruch Uebelstank erregend. Die Leute lagen da, das Gesicht von Fliegen in schwarzen Haufen bedeckt, zu schwach, die Hand zu erheben und sie wegzuwischen, vergeblich bemüht, sie durch schmerzhaftes Verreiben der Gesichtsmuskeln zu entfernen. Niemand war da, es für sie zu thun. Siebzehn Ordomanzente waren mit der halben Sektion des Feldhospitals gekommen oder für sie ausgeschieden worden; dann waren zehn davon fortgeschickelt, und durch Angehörige der Krankenträger-Compagnie ersetzt worden. Diese Leute hatten aber andre Arbeiten zu verrichten als den Patienten die Fliegen vom Gesicht zu vertreiben. Nachts waren nicht genug da, um zu verhindern, daß Patienten im Fieberdelirium aufstanden und in bitterer Kälte halbnaht im Lager herumwandelten. In einem Zelt, wo einige schliefen und andre mit offenen, starren Augen dalagen, ächzte ein Opfer von „Perforation“ sein Leben aus, indem er sich auf seinen Nachbar am Boden hinstülzte. Die Leute hatten nicht nur andre sterben zu sehen, sondern auch zu fühlen.

Als dann später Regen eintrat, lagen die Patienten bis zu drei Zoll tief im Schlamm. Mittlerweile waren die ausgebildeten Ordomanzente sämtlich abberufen worden, von geschulten Krankenpflegerinnen war nichts zu sehen, drei Ärzte mit fünfundzwanzig ungewaschenen, ungeputzten gemeinen Soldaten, die meisten davon selbst Melancholeuten, hatten den Krankendienst zu versehen, während die Zahl der Kranken auf 500 gestiegen war. Das ganze Lager bei Bloemfontein sei eine Pesthöhle gewesen.

Man kann sich denken, welchen Eindruck diese Schilderung im Publikum gemacht hat. Daß Mr. Burdett-Countis sie nicht um bloßer Sensationsschreierei wegen veröffentlicht hat, geht daraus hervor, daß er schon Anfang Juni an die Regierung über seine Erfahrungen Mitteilung hatte gelangen lassen und ebenso dem Feldmarschall Roberts geschrieben hatte. Die Regierung ist dem auch schnell daran gegangen, die zwischen ihr und Roberts über diese Sache gewechselten Telegramme zu veröffentlichen und hat ihre Hand dazu geboten, daß die Sache im Parlament zur ausgiebigen Besprechung kommen konnte. Nachdem sie schon am Donnerstag flüchtig erörtert worden war, ist sie gestern — Freitag — Gegenstand einer langen und heftigen Debatte gewesen.

Diese Debatte hat so viel ergeben — was übrigens auch schon die Roberts'schen Depeschen zugefallen — daß die Schilderungen des Mr. Burdett-Countis in der Hauptsache richtig sind. Der Unterstaatssekretär für den Krieg, Mr. Windham, räumte ein, daß die Verwundeten und Kranken bei Bloemfontein bis zu einem gewissen und beklagenswerten Grade schrecklichen Erbduldungen ausgesetzt gewesen sind, deren vollen Umfang diejenigen vielleicht nicht ganz erfassen, die noch keinem Krieg beigewohnt haben. Aber die Ursache sei nicht in mangelnder Fürsorge zu suchen. Von der heimischen Regierung sei nichts gehört worden, um die Armee mit allem anzurichten, was zu ausreichender Krankenpflege erforderlich war. Der medizinische Stab hätte mit Aufheben aller Kräfte gearbeitet und die Heeresleitung ihr möglichstes gethan, den Krankendienst auf der Höhe des menschlich zu leistenden zu halten. Aber es lämen im Krieg eben Fälle vor, wo alle Berechnungen zu Schanden würden. Man solle sich nur vergegenwärtigen, wie die Dinge bei Bloemfontein lagen. Die Armee sei in Eilmärschen vorgezogen, um den Gegner an neuer Confrontation zu verhindern. Im Rücken dagegen seien alle Verbindungen unterbrochen gewesen, die Eisenbahnen zerstört und die Brücken demoliert, so daß bei den ungeheuren Entfernungen die Transporte außerordentliche Zeit in Anspruch nahmen. Dabei sei das Hauptfordernis doch gewesen, die Armee ausgiebig mit Nahrung und Munition auszurüsten zu halten, das sei einmal im Krieg das Wichtigste und auch das humanste Erfordernis. So sei es unvermeidlich gewesen, daß der Ambulanzdienst zeitweise zurücktreten mußte. Bei alledem sei jedoch die Sterblichkeitsrate nicht übermäßig hoch gewesen; von den von typhösen Krankheiten Befallenen seien in Bloemfontein weniger gestorben, als in allen früheren Feldzügen; die Rate der tödlichen Ausgänge sei nur unwesentlich höher gewesen als in den heimischen Feldhospitälern, nämlich 21 Proz. gegen 20,4 Proz. Im übrigen erklärte die Regierung, daß sie, in Uebereinstimmung mit Feldmarschall Roberts, die Vorschläge einer unparteiischen Kommission von Sachverständigen zur Untersuchung überweisen würde.

Mr. Burdett-Countis, der nach Mr. Windham sprach, bestritt, daß die klägliche Behandlung der Kranken in Bloemfontein und auf dem Weg dahin unvermeidlich gewesen sei. Bloemfontein habe eine ganze Anzahl öffentlicher Gebäude und von ihren Inhabern verlassener

Willen. Einen Teil davon habe man für den Generalstab besetzt und hergerichtet, warum habe man nicht auch einige für die kranken Soldaten bemittelt? Bei genügender Sorge für diese hätte man dies unbedingt thun müssen. Ständalöse Fälle von Vernachlässigung seien vorgekommen. Am 23. Mai hätten acht schwer verwundete Soldaten nach 15stündigem Transport von 6 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags gleich Stüdgütern auf dem Bahnhof vor Bloemfontein gelegen, ohne daß sich auch nur eine sterbliche Seele um sie kümmerte. Natürlich falle es ihm nicht ein, die heimische Regierung dafür verantwortlich zu machen, der Fehler liege in Südafrika — d. h. bei der Armeeverwaltung. Da sei etwas nicht so gewesen, wie es sein mußte, und das müsse festgestellt werden, damit diese grünenhaften Versuche sich nicht wiederholten.

Dieses das Wesentlichste der Debatte. Die übrigen Redner brachten keine neuen Gesichtspunkte herbei, und schließlich verließ die Diskussion in das übliche Parteigezänk. Der radikale Wähler, Mr. Lloyd George, suchte aus der Sache Kapital gegen Mr. Chamberlain zu schlagen, was dessen Kollegen, Mr. Balfour, zu einer heftigen Antwort veranlaßte, auf die dann der Führer der Liberalen, Mr. Campbell-Bannerman, replizierte.

In der ganzen Debatte wurde eine Person mit Stillschweigen übergegangen, auf welche jedoch verschiedene Blätter jetzt und schon früher als den Urheber der Vernachlässigung der Ambulanz hingewiesen haben: Lord Ritchener, der General-Quartiermeister des Lord Roberts. Schon vom Feldzug in Sudan her, der ihm den Lorbeer einbrachte, ist gegen Ritchener der Vorwurf großer Gefühllosigkeit erhoben worden, und ihm werden jetzt die Verfügungen zur Last gelegt, dank deren in jener Epoche des Kriegs auf jenem Teil des Kriegsschauplatzes es am nötigsten zur Krankenpflege mangelte. Bei Paardeberg soll er ohne Not — Crouges Armee war schon eingekesselt und ihre Kapitulation unvermeidlich — einen mörderischen Kampf angeordnet haben, so daß Roberts, der am Abend nach dem Kampf im Lager eintraf, ihm „zweifellos Blutvergießen“ vorgeworfen haben soll. Das mag stimmen oder nicht, jedenfalls ist es Ritchener, der bestimmte, daß bei den Transporten die Ambulanzmaterialien so lange auf ein Minimum reduziert wurden, bis die Kampfrequisiten in reichlicher Menge an Ort und Stelle waren. Daneben scheinen aber auch auf Seiten des medizinischen Stabs der Armee verschiedene Nachlässe gemacht worden zu sein.

Von der versprochenen Untersuchung darf man sich nicht allzubiell versprechen. So wenig wie die Toten ins Leben zurückrufen wird, deren Leben hätte gerettet werden können, so wenig wird sie den oder die Schuldigen zu Gericht bringen. Und zwar weil sich in solchen Dingen eine Schuld außerordentlich schwer beweisen läßt. Es sind da stets geteilte Verantwortungen, auf die man hört, und gestellte Aufgaben der fahrbaren Personlichkeiten. Verschiedene angegebene Ärzte, die den Kriegsschauplatz besucht haben, haben den Krankendienst für ausgezeichnet erklärt, besser als er noch in irgend einem Feldzug organisiert gewesen sei. Das mag für jene Kriegslager zutreffen, wo alles sonst glatt ging, alle Verbindungen nach Wunsch funktionierten. Aber ein System hat sich da zu bewähren, wo dies nicht der Fall ist, und da weisen die Vorkommnisse in Bloemfontein auf ein schmachliches Defizit hin.

Der internationale Kohlengräber-Kongreß.

Paris, 29. Juni.

In der Vormittagsung des fünften und letzten Tags wird zunächst die Einladung der französischen Konföderation der Arbeit verlesen, an dem von derselben im September laufenden Jahres veranstalteten internationalen Gewerkschaftskongreß sich beteiligen zu wollen. (Weisfall.)

Zur Frage der Lohnzustände befreundet Cadot Frankreich folgende Resolution: Die Grubenbesitzer haben den Kohlengräber-Gewerkschaften ein Lohnbuch zuzustellen, worin neben dem bezahlten Lohn die Arbeitszeit, Einsatzart und Anzahl inbegriffen, angegeben wäre. Die Unternehmer hätten sich diese gerechte Forderung verweigert. Der gegenwärtige Zustand begünstige die Aufstellung von übertriebenen Durchschnittslöhnen, was dann zur Verlämpfung der Lohnforderungen der Arbeiter diene.

Williams-England unterstützt den Vorschlag. In England gebe man den Gewerkschaften eine allgemeine Lohnstatistik, aber das genüge nicht. Er hoffe, daß die englischen Bergarbeiter bis zum nächsten Kongreß diese Forderung erlangt haben würden, und wünsche den gleichen Erfolg den Kameraden der andren Nationen.

Die französische Resolution wird einstimmig angenommen. Hierauf beginnt auf belgischen und französischen Vorschlag die Besprechung der Lohnverhältnisse in den einzelnen Ländern, des Verhältnisses zwischen Lohn und Profit, sowie des Steigens der Kohlenpreise und der Profite seit 5 Jahren.

Weyn-Belgien führt detaillierte Zahlenangaben an, aus denen hervorgeht, daß die Löhne, obwohl in den letzten Jahren gestiegen, doch erheblich hinter dem Steigen der Produktion und der Profite zurückgeblieben sind. Daher fordern die Belgier eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für die Männer und 15 Proz. für die Arbeiter ober Tage.

Hasleh-England ist nicht in der Lage, detaillierte Zahlen zu geben. Die Unternehmer verheimlichten systematisch den Betrag des Profits. Im Durchschnitt seien die Löhne seit 1888 um 45 Proz. gestiegen. Die gleiche Lohnsala gestatte die Erhöhung bis zu 60 Proz., 70 000 schottische Bergleute haben eine Erhöhung von 75 Proz. gegenüber 1888 erlangt. Der Lohn schwankte in England durchschnittlich zwischen 6/2 bis 8 M. pro Tag bei einer Arbeitsdauer von 4 bis 5 Tagen pro Woche.

Curard-Frankreich beschränkt sich auf die Bemerkung, daß die Lohnzustände in Frankreich denen Belgiens ähnllich wären. Die Franzosen hätten eine Erhöhung von 10 Proz. erlangt, aber das genüge nicht, man müsse eine Erhöhung von 20—25 Proz. anstreben.

Die deutsche Delegation verzichtet aufs Wort. Als Mittel zur Erlangung einer Lohnerhöhung schlägt die belgische Delegation den internationalen Generalstreik der Bergarbeiter vor.

Glower-England spricht sich gegen den Generalstreik aus. Im übrigen verweist er auf den Lohn von 8 M. pro Tag als ein vorerst hinreichendes Minimum, das auf dem Kontinent anzustreben wäre.

Cotte-Frankreich befürwortet den Generalstreik im Falle der Verzögerung der Lohnforderungen. Die Engländer hätten einen Fehler gemacht, als sie sich nach dem Streik von 1894 auf die Einrichtung von Verdünnungsämtern eingelassen hätten. Das binde ihnen die Hände für den Fall eines internationalen Streiks auf dem Kontinent. Die Bergarbeiter seien der Schlüssel zur Emancipation des Proletariats.

Die deutsche Delegation erklärt kurz, den Generalstreik nicht votieren zu können.

Hierauf wird über die gedruckte Resolution abgestimmt, in welcher lediglich von der Schaffung einer „allgemeinen Bewegung der Bergarbeiter aller Länder, sowie von den Mitteln, einen Erfolg zu erzielen, die Rede ist. Die Resolution wird angenommen.

Das Datum des nächsten Kongresses. Die Franzosen beantragen den September 1901. Die Engländer erklären, im September wegen des internationalen Gewerkschaftskongresses sich nicht beteiligen zu können.

Gus-Deutschland schlägt vor, den nächsten Kongreß 1902 abzuhalten. Alljährliche Kongresse seien nicht mehr nötig. Die Sachlage sei bereits geklärt. Er unterschätze die Bedeutung der Kongresse nicht, im Gegenteil danke er den Engländern, die 1890 die Initiative zu den internationalen Kongressen ergriffen hätten. Aber man habe schon diesmal gesehen, daß immer dieselben Fragen und dieselben Resolutionen behandelt und angenommen werden. Die Deutschen könnten auch, wie die Engländer, 50 Delegierte schicken;

die Erstarkung der deutschen Organisationen erlaube das. In dem Maße man, daß die zahlreichen englischen Delegierten meist nur in geringer Zahl den Sitzungen beiwohnten.

Nach einer längeren Diskussion, in welcher Callewarte-Belgien und Pizarb-England den deutschen Vorschlag bekämpften, wobei letzterer darauf hinweist, daß die Deutschen nur je an einem Kongreß unter dreien teilnehmen, — wird auf englischen Vorschlag beschlossen, den nächsten Kongreß 1901 in London abzuhalten. Das genaue Datum soll vom künftigen internationalen Komitee festgesetzt werden.

Wahlen zum internationalen Komitee. Pizarb wird einstimmig unter allgemeinem Beifall zum Generalsekretär wiedergewählt. Pizarb dankt und bekräftigt eine Verbesserung des Komitees, eine wirklich allseitige internationale Vertretung in demselben. Bisher hätten nur Lamenbin-Frankreich und Callewarte-Belgien ihre Pflicht als Komiteemitglieder voll erfüllt. Es gelte, den nächsten Kongreß besser vorzubereiten als bisher, die Tagesordnung solle im voraus von den Vertretern aller Länder genau durchberaten und festgesetzt werden. Zum Schluß verspricht Pizarb den Delegierten einen herzlichen Empfang in London im Jahre 1901.

Zum General-Schoymeister wird Abraham-England gewählt.

Komiteemitglieder: England: Pizarb und Ashton, Stellvertreter Abraham; Frankreich: Lamenbin und Ervard, Stellvertreter Degaut; Belgien: Carroi und Callewarte, Stellvertreter Marville; Deutschland: Müller und Sasse. Die Deströiker, die auf dem Kongreß nicht vertreten sind, werden ihre Komiteemitglieder später wählen.

Auf englischen Vorschlag wird den Organisatoren des Kongresses, den Bureaumitgliedern und Uebersetzern der Dank des Kongresses votiert. Die französische Delegation dankt den Engländern für ihre Initiative zu den internationalen Kongressen und speziell dem Wärger Pizarb. Die belgische und die deutsche Delegation schließen sich dem an. Gus fügt noch hinzu, daß seine früheren Ausführungen betreffs des Kongressdatums dahin gedeutet werden dürften, daß die deutschen Kohlengräber abseits von der internationalen Bewegung stehen wollten. Sie sind nach wie vor bereit, für die Sache des internationalen Bergarbeiter-Bundes mit Eifer zu wirken.

Der Kongreß schließt unter den Ruf: „Hoch der internationale Bergarbeiter-Bund!“

Versammlungen.

„Die städtische Verwaltung und die Arbeiterinteressen“.

a) das Wahlrecht, b) die Steuerfrage, c) der Coalsverkauf in den Gasanstalten, d) die Eintragung in die Wählerlisten, e) die Straßenbahn, lautete das inhaltreiche Thema, worüber Stadtverordneter Genosse Borgmann am Montag in einer auch von Frauen sehr stark besuchten Volksversammlung bei Bernau in der Schwedterstraße referierte. Bezüglich des Wahlrechts sei gerade in letzter Zeit statt einer Verbesserung eine Verschlechterung des Gemeindevahlrechts, in eine jogen „Kommunalreform“, zu Ungunsten der Arbeiterklasse eingetreten, um das Vorzugsrecht der Geldherrschast in der Gemeindevertretung auch fernerhin zu sichern. Die Verhandlungen über die Abänderung des Gemeindevahlrechts im preussischen Landtag hätten recht deutlich den Verweis erbracht, daß es nur die Angst vor der Socialdemokratie sei, die zur Verschlechterung des Wahlrechts Veranlassung giebt. Dabei sei das jämmerliche Verhalten der freisinnigen Partei wieder recht deutlich zu Tage getreten. Seien es doch die Stadtverordneten Rechtsanwalt Cassel und Dr. Freuch gewesen, welche ganz offen erklärten, daß alle diejenigen, welche nicht mit „ihnen“ können — d. h. die Arbeiter — auch nicht mit „raten“ dürfen. Also nur der Geldbesitz habe das Recht, in der Berliner Verwaltung mitzureden. Dem gegenüber sei es jedenfalls unerheblich, daß der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langenkamp, aus Anlaß seiner 80. Geburtstagsfeier, den ihn hierzu beglückwünschenden Socialdemokraten erklärte, daß er gern die Gelegenheit benütze, es vor aller Öffentlichkeit zu erklären, daß nur die Anwesenheit der Socialdemokraten im „Hofen Hause“ im Interesse der Allgemeinheit entscheidend und gar nicht mehr zu entbehren sei. Aus alledem ergebe sich für die Arbeiterklasse immer von neuem die Notwendigkeit, mehr Einfluß in der städtischen Verwaltung zu gewinnen, durch Beteiligung an den Wahlen, bei ständiger Kontrolle der Wählerlisten.

In geradezu unerhörter Weise habe sich der Freisinn in der städtischen Verwaltung an der Arbeiterklasse durch Verschleif der Coalsmengen an die Großunternehmer verknüpft, wodurch eine Verleumdung bis über 100 Proz. erfolgte, angeblich eine Folge der Kohlemot. Redner schildert hierbei, wie er aus eigener Anschauung in der Gasanstalt in der Danzigerstraße wahrnehmen mußte, daß den kleinen Geschäftleuten, angeblich wegen Mangels an Arbeitern, Coals vorenthalten, den Großunternehmern aber solche überlassen wurde! Den größten Widerspruch aber um dem Interesse der Einwohner-Schaft beweise das Verhältnis der Stadt zur Großen Berliner Straßenbahn, die durch ihr ganzes Verhalten den gerechten Haß der Bevölkerung erregt. Am diesen Uebelständen vorzubeugen, hätte die Stadt es versucht, eigene Straßenbahnen auf ihrem Grund und Boden zu errichten, wozu aber eine staatliche Konzeption erforderlich war, die indes verweigert wurde. (Große Heiterkeit.) Auf einen dagegen gemachten Einwand, mit Hinweis auf die Hochbahn von Siemens u. Halske, wurde entgegnet, daß diese als „Allerhöchsten Wunsch“ genehmigt sei. Daß aber die „Große Berliner“ ihre weitere Konzeption von 1910 im Innern erhalte, kennzeichnet am besten, in welchen Verhältnissen wir uns gegenwärtig bezüglich der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Gemeinden befinden. Jedenfalls darauf sich stützen hätten die Unternehmerprogen im Vaugetwerbe den gleichen Versuch gemacht mit der Streiklausel, die glücklicherweise vom Magistrat abgelehnt wurde. Redner schließt seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen, daß die Stadt, nur gestützt auf das Interesse der Wähler, eine Verbesserung der Verhältnisse zu Gunsten des Einzelnen wie der Gesamtheit herbeizuführen und zu fördern vermag, wenn durch Beteiligung an den Wahlen die arbeitende Bevölkerung selbst regen Anteil nimmt.

In der hierauf folgenden Besprechung, an der sich Blücher, Gnde und Wölke beteiligten, wurde auf die gegenwärtigen Mietssteigerungen, auf die Abgabe von „Preis“ in den Gasanstalten, auf die Abgabe an die Großunternehmer, sowie auf die Verschwendung der Verbraucher in den Berliner Gemeindegeldern hingewiesen. Borgmann erwiderte u. a. darauf, daß die bedauerliche Verschiedenheit der Verbraucher, welche gerade den Arbeiterfamilien durch fortwährende Renanzschaffung hohe Ausgaben verursachen, jedenfalls mindestens so lange dauern werde, als Herr Stadtschulrat Vertram das Berliner Schwelgen leite. Es sei ja auch bekannt, daß die Herabgabe der Verbraucher durch die Renanzschaffung einen hohen Gewinn erzielte.

Der Vorsitzende giebt noch bekannt, daß in nächster Zeit in allen Bezirken des 6. Wahlkreises wie in Berlin Versammlungen mit der gleichen Tagesordnung stattfinden werden. Gleichzeitig ersucht er Männer wie Frauen, für Verbreitung des „Vorwärts“, Beitritt zum Wahlverein, sowie zur Kontrolle der Wählerlisten thätig zu sein.

Die Stuccaturen hielten am Montag eine öffentliche Versammlung in den Annahallen ab, in der die Lohnkommission über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Kommission der Unternehmer berichtete. Nach dem Bericht, den der Vertrauensmann Dalsätt erstattete, sind die bisherigen Verhandlungen resultatlos verlaufen, trotz Gründung der Unternehmer-Vereinigung ist eine



## Central-Verband der Maurer etc.

Am Sonnabend, den 7. Juli 1900, in der Brauerei Friedrichshain (vormals Pils):

# 10. Stiftungsfest der Zahlstelle Berlin II.

## Großes Garten-Konzert

verbunden mit **Specialitäten-Vorstellung** und **Gesangsaufführungen.**

Im Saale: **Grosser Ball.**

Die Kaffeeküche ist geöffnet von 3-6 Uhr. Anlang nachmittags 4 Uhr. Bilet 20 Pf.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Festkomitee. F. K.: O. Fank.

## Vereinigung der Maler, Lackierer und verw. Berufsgenossen.

Sonnabend, den 7. Juli, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

# STIFTUNGS-FEST

bestehend in

## Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung des **M.-G.-V. Moabiter Liederkranz.**

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Der Vorstand.  
Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

# See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg (zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg)

**Verbindungen:** Spittelmarkt-Landsberger Allee (Ringbahnhof); Spittelmarkt-Frankfurter Allee (Ringbahnhof), von da mit der Herzberger Pferdebahn bis vor die Thür; Spittelmarkt-Eldenaerstrasse (Central-Viehhof).

**Herrlichstes Sommer-Etablissement** mit 3/4 Morg. grossem See und grossem Vergnügungs-Park. 25.000 Personen fassend. Gondel-Korso, Aussichtsturm, Kaffeeküche täglich geöffnet, vier gedeckte Kegelbahnen, Kinder-Sportplatz, Luftschaukel, 2 grosse Tanzsäle und Variété-Theater.

**Sonntag, Montag u. Donnerstag: Grosser Tanz.**  
Wochentags: Entree frei!

**Sonntag, 8. Juli: Grosse Specialitäten-Vorstellung.**  
Im Variété-Theater: **Grosser Ball** in beiden Tanzsälen.

Den pt. Vereinen werden jederzeit die denkbar günstigsten Konzessionen gewährt.

## Schweizer-Garten.

Am Königshor. - Haltestelle der elektr. Ringbahn - Am Friedrichshain.

Täglich:

### Konzert, Theater, Ballett, Specialitäten-Vorstellung, Ball.

## Flamenco

eine Indische Künsterin

ausgeführt von **Fritzi Desrée,**  
- Serpentin- u. Flammentänzerin -

**Catrini-Ballett, Eugen Milardo, Ella Bertini,**  
7 Damen. - Moderne Ausstattung - Tanz-Soubrette.

Jeden Abend 10 Uhr:

## „Die Spinatwachtel“

ausgeführt vom Theater-Ensemble (20 Personen).

## Max Klem's Sommer-Theater

Gartenstr. 13-15.

Kritische Leitung: **Paul Mühlitz.**

Täglich: **Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.**

Sinfiele Trompe - Brothier Waldorf - Miss Gisa - Mr. Alphonse - Karl Kramer - Minna Schön (erklafter Specialitäten).

Jeden Montag: **Sommerfest.** - Mittwoch: **Die beliebtesten Kinderfeste.** - Donnerstag: **Cliffe-Tag.**

Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet. 2 hochdelegante Regelbahnen, Würfelbuden, Roulette, Blumenstand etc.

Sonntag, Montag und Donnerstag: **Familien-Kränzchen.**

Max Klem.

## Wein

zum Ausschank sehr geeignet!  
süss, rot, wie Portwein,  
ausgezeichnet im Geschmack.

garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. 65.-, Oxhoft M. 120.-  
Amt IVa. 7130. [4903L]

## Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

Alexanderplatz 1. - 2. Etage 2. u. 3. Stock von 1.30 an, Zahnläden 75 Pf. Teilzahl. Spr. 8-6.

## N. Himbeer-Saft

anerkannt vorzüglich  
a Literfl. M. 1,40.

## Aepfelwein

zur Kur a 35 Pf. per Liter in Gebinden von 30 Litern aufwärts.  
10 Fl. M. 3,50, 50 Fl. M. 15.-, exkl.

## Cognac

deutsch, angenehm mild  
a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3.-.

## Eugen Neumann & Co.

Berlin SW., 13, Amt 4a 7130.

Belle-Allianceplatz 6, Amt IVa 7950. - Wilsackstrasse 25.  
Neue Friedrichstr. 81. - Oranienstr. 190. - Genthinerstr. 29.  
Grüner Weg 56. - Elsassstr. 12. - Schöneberg, Hauptstr. 129.  
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstrasse 48.

## Bekanntmachung.

Zweite Abänderung zu dem Statut der Orts-Arbeitskasse der Weber und verw. Gewerbe zu Berlin vom 18. Februar 1893.

Da die Vertretung der Orts-Arbeitskasse der Weber und verwandten Gewerbe zu Berlin d. Z. in dem Erfasse vom 17. April d. Z. - S. P. 6680 getroffenen Anordnung keine Folge gegeben hat, ändere ich hiermit gemäß § 23 Absatz 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes den § 29 des vorliegenden Statuts von dem Wege, mit welchem verbindlicher Wirkung vom 9. Juli d. Z. dahin ab, dass derselbe lautet: Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:

1. Für erwachsene männliche Mitglieder . . . 0,48 M.
2. Für erwachsene weibliche Mitglieder . . . 0,30 M.
3. Für jugendliche männliche Mitglieder und Lehrlinge 0,27 M.
4. Für jugendliche weibliche Mitglieder . . . 0,21 M.

Diesem Beitrag zahlen Kassenmitglieder, welche auf Grund des § 4 Mitglieder sind, aus eigenen Mitteln. Potsdam den 22. Juni 1900. (L. S.)  
Der Oberpräsident.  
In Vertretung:  
H. Meusel. 1751B  
D. P. 10 735.

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illust. Hauptkatal. über

## Fahrräder

u. Fahrradartikel u. Sie werden sich überzeugen, dass ich b. bester Qualität, unt. 1jähr. Garant., am billigst bis - Wiederverk. ges.

Deutsche Fahrrad-Industrie,  
Richard Drissen,  
Hannover, Brüderstr. 4.

## Bühne

p. 2 Mitt. am Teilzahlung.  
Reparaturen in 2 Stunden.  
Zahnziehen schmerzlos!  
Plombieren. Sprachs. 8-8.  
Wundentz. 25.  
Gde. Zahnkranke.

H. Lange,

# Freie Volksbühne.

Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr,  
im grossen Saal der Arminhallen,  
Kommandantenstrasse 20:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Victor Fränkl über „Kunst und Recht“.
2. Geschäftsbericht des Vorstands und Kassierers. Bericht der Revisoren. Diskussion.
3. Wahl eines Obmanns der Ordner für die 7. Abteilung.
4. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch der Versammlung wird geboten. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. 230/8

**Achtung! Ordner!** Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant von Sticher, Dresdenerstrasse No. 116: **Ordnersitzung.** Konstituierung der Ordnerkommission der 7. Abteilung. - **Neue Ordner können sich in dieser Sitzung aus den Reihen der Mitglieder melden.**

Die Vereinsmitglieder werden gebeten, ihre alten Mitgliedskarten in den Zahlstellen abzugeben und ihre weitere Mitgliedschaft anzuzeigen. Etwaige Umschreibungen in eine andre Zahlstelle können nur bis zum 1. August bewirkt werden. Bis zu diesem Termin muss sonst ihr Anrecht auf die innere Abtheilung verlieren. Die neuen Mitgliedskarten sind sämtlich nur in den Zahlstellen erhältlich, in welchen die Mitglieder bis Juni d. J. ihre Beiträge bezahlten und zwar vom 1. August ab. Alle Mitglieder und Freunde der Freien Volksbühne werden gebeten, schon jetzt für die rechtzeitige Fällung der neuen 7. Abteilung in ihren Bekanntenkreisen Sorge zu tragen und neue Mitglieder zu werben.

Die Zahlstelle No. 11 von Wilke geht ein und wird nach dem Engel-Ufer 15 „Gewerkschaftshaus“ verlegt. (Cigarrengeschäft von Horsch.)

Zahlstelle No. 2	jetzt bei Roloff, Wörtherstr. 31.
„ 6	vom 1. Juli ab bei Goldmann, Lindowerstr. 5, Stadtbahn 14.
„ 16	jetzt b. Wenzel (Cigarrenladen), Mariannenstr. 5.
„ 31	wird gleichfalls verlegt. (Näheres später.)

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Konsumverein

Norddeutschlands, ca. 1 1/2 Mill. Umsatz, sucht bis spätestens 1. Oktober d. J. einen tüchtigen, womöglich schon in gleicher Stellung gewesenem

## 2. Geschäftsführer

als drittes Vorstandsmitglied.

Offerten mit Beifügung von Zeugnisabschriften und Angaben des Lebenslaufes und der Gehaltsansprüche unter S. 303 an Invalidendank, Braunschweig. 5062L\*

## Treptow Park-Restaurant

C. Ludwig, früher Jakob.

Jeden Donnerstag:

# Grosses Kinderfest

mit vielen Ueberraschungen. [4893U]\*

4 neu renovierte Regelbahnen, Kaffeeküche der Neuzeit entsprechend. Lagerbier 1/2 15 Pf. ff. Weidbier. Speisen u. Getränke zu soliden Preisen. Bereiten und fabriciren empfindlich mein Sommerfest mit grossen Sälen (bis 6000 Personen) zu Festlichkeiten aller Art unter constanten Bedingungen.

**Eröffnung! Rohtabak Eröffnung!** [49582]\*  
Grösste Kundwahl zu billigsten Preisen.  
J. Fränkel. Betr.: S. Gröbel. 181. Brunnenstrasse 181.

# Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Verkäufe.

**Restaurations.** Direkt Hof, großes Hofrestaurant, mit kleinem Garten, 9 Jahre selbst, verkauft hoch, Chaussee str. 52. 1400\*

**Restaurant (Zahlstelle)** ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Dorfstrasse 63 im Schankhof. 1400\*

**Wegen Übernahme** grösserer Restauration verkaufe gangbare Schankhof, wirtsch. u. Saugger. Schöneberg, Gothenstr. 35. 1105\*

**Gedächtnis**, mit schönem Vorgarten, umfänglich billig zu verkaufen Schulstr. 12. 2282\*

**Vorfähige elegante Herrenpaleis** und Anlage und feinen Etagen 25-40 Quart. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 1774\*

**Cardinalhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1400\*

**Betten, Steppdecken**, sportbillig Verkauf Reanderstr. 6. 1774\*

**Reinwaschmaschinen**, goldene, Regulatoren, sportbillig Verkauf Reanderstr. 6. 25/12\*

**Teppiche, Gardinen**, sportbillig Verkauf Reanderstr. 6. 1774\*

**Maurerkasse** zu verkaufen, Gutgericht Heilmann, Potsdamerstr. 61. 15445\*

**Mauerer:** Hilfsarbeiter, auch ganze Tafeln, stets vorrätig Gut-Beier, 61, nur Potsdamerstr. 61. Bitte anschreiben. 15445\*

**Großes Lager** von Berliner Roupenstein sowie auch Schürben in jeder Größe für Handwerker hat auf Lager Krieger, Wollstr. 66. 172\*

**Uhren, Goldwaren.** Teilzahlung, Bestellungen schriftlich. Luis Bogel, Auguststr. 92. 16748

**Fahrrad**, gut erhalten, verkauft preiswert Schulze, Dagenauerstr. 14. 1460\*

**Geschäftsleute**, Werstätten, 45 Pf. 1/2 Bayerischer 3 Quart. Brauerei, Berlin, Androssstr. 63. 16706

**Steppdecken** am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1460\*

**Restaurations** mit Delikatessen, gangbar, in sehr verkehrsreicher Gegend, 4 Jährliches, preiswert zu verkaufen. Näheres Kottbuser Damm 33, Schmidt. 1460\*

**2 Fahrräder** 70 und 100 Quart zu verkaufen Kottbuserstr. 83 im Cigarren-geschäft. 1444

**Malztrübier**, blutblühend, für Blutarme, Brustkrante, Schwächliche, Gemüthsstärker, bessere Gesichtsfarbe, überaus leicht, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive. Richt Glasenzeit, Qualität entspricht. Vertikellerei Winkler, Brunnenstr. 152. 1848\*

## Vermischte Anzeigen.

**Rechtsbureau**, Androssstr. 63, (neben Konfordia). Bestand in allen Rechtsfachen. 1772\*

**Rechtsanwalt** erteilt Anwalt, Kupferstr. 41. 1770\*

**Nachmaschinen**, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Steglitzerstr. 65. 13605\*

**Photographie**, 6 Bist und ein Cabinet 2 Mark 50 Pf. Kinder-Bild und Gruppen bis sechs Personen gleiche Preise. Schönhauser Allee 148, Dering. 150\*

**Violin, Klavier, Pflanz, Celli**, Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranienstr. 118. 1772\*

**Buchbinderei** Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstr. 56, 2. Hof parterre. 23876

## Arbeitsmarkt.

### Stellungesuche.

**Blinder Stuhlrechter** bietet um Arbeit. Stühle werden gut gemacht, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Glaser, Wollstr. 27. \*

**Suche Stellung** als Bureaugehilfe oder Hausverwalter oder ähnliche Beschäftigung. F. Brandt, Steglitz, Schildhornstr. 3. \*

### Stellungsangebote.

**Farbige Arbeiter** sucht Schulze, Oranienstr. 185. 16448

**Tüchtige Farbige Arbeiter** bei dem der Beschäftigung verlangt Goldbleichfabrik Alexanderstr. 25. 14538

**Kunstmaler** und selbstständig arbeitende Schloffer verlangt Sophie-Charlottenstr. 108. 17108

**Tüchtige Kunstschmiede**, nur solche verlangt Lutzstr. 68. 17756

**Arbeitslöhner** verlangt J. Krieger, Weißbakerstr. 90. 12555\*

**Bergelvergehilfen** auf keine Polsterarbeiten, bei gutem Lohn, verlangt Müller, Hauptstr. 63. 1781

**Drechsler** auf Klavier verlangen Trocha & Scholz, Elisabeth Ufer 44. 17538

**Bücher, Knabenarbeiten** oder junger Mann zum Lernen, verlangt Reichensbergerstr. 187 IV. 17538

**Tüchtige Farbige Arbeiter** auf bessere Polsterarbeiten verlangen Hans Goh u. Co., Ruralfürststr. 146. 17508

**Marmorarbeiter** auf Onix und Arbeiter verlangen Deutler u. Co., Brandenburgstr. 29. 17826

### Zimmern.

**Freundlich möbliertes Zimmer** für 2 Herren sofort zu vermieten Kottbuserstr. 54, Quergebäude III, bei Witwe Koenigshof.

### Tüchtige Arbeiterinnen

auf einfache Mädchenarbeiten anheim Hause verlangt Hartwig, Pflanzstr. 3. 12

**Goldbleich.** Tüchtige Farbige Arbeiterinnen suchen Koenig u. Co., Schmidtstr. 6. 278\*

**Knabenpaleis** - Arbeiterinnen verlangt Reichenbergerstr. 187, IV. 17538

**Steppdecken** auf Jodelts verlangt Fischer, Reichenbergerstr. 187, IV. 17538

**Plätterinnen** auf Steppdecken, Klappstegen und Umlegearbeiten im und ahem Hause gesucht. Ray Trepp, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgebäude 4 Treppen. 1750\*

**100 Jodelts** Arbeiterinnen verlangt Krieger, Ramesstr. 21, Nordorferstr. 21 und Reichstr. 31 bei Kramer. 15426\*

**Zur Arbeitsmarkt** durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

### Achtung! Stuccatore.

Die Herren **Bachmann, Preussner, Altes, Witte & Lehmann**, Lutharstrasse, sind wegen Differenzen gelöst. Bezug ist streng fernzuhalten. 173/18

### Die Lohnkommission.

## Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker!

Die Herren **Görlitz-Classen, Bendix-Söhne, de Weissen-seer Holzbearbeitungs-Fabrik**, Genossenschaft mit beider Aufsicht, sind gelöst! Die Kommission. 60/9

# Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/133 • Rosenthalerstr. 27/29 und 54. • Oranienstr. 53/54.

## Reise - Artikel

	Länge ca. 45	50	55	60 cm			
Handkoffer, grau od. braun Leinen mit Ledereinfassung	2,50	2,75	2,90	3,60 Mk.			
Handkoffer, brauner Panamastoff mit Ledereinfassung	4,50	4,85	5,35	Mk.			
Faltenkoffer, brauner Panamastoff mit Leinenfutter	8,—	8,75	9,75	Mk.			
	Länge ca. 52	57	63 cm				
Faltenkoffer, braun Segelleinen, gefirnisst (wasserdicht)	11,50	12,75	14	Mk.			
	Länge ca. 45	48	51	54	57	60	65 cm
Koffertaschen, braun Rindleder mit Riemen	19	20,50	22	24,50	26,50	29	32 Mk.
	Länge ca. 30	33	36	39	42	45	48 cm
Handtaschen, braun Rindleder, lange engl. Form	5,25	6,25	7	7,75	8,75	9,75	11,25 Mk.
Handtaschen, braun Rindleder, hohe breite Form	7,75	8,25	9,25	10,50	12	13,25	14,75 Mk.
Hutschachteln, Fournierholz, sehr leicht, 4 Grössen	3,—	4,50	5,50	6,—	Mk.		
Reise-Necessaires, Leder mit Lederfutter, mit Einrichtung	4,75	mit geschliff. Flacons		8 u. 10	Mk.		
Plaidriemen	Länge ca. 100 cm		45 Pf.,	ca. 120 cm		95 Pf.	
Reiserollen, schwarz Wachstuch	3 Grössen		40,	60,	75	Pf.	
Kuriertaschen, Leder mit Lederfutter	95 Pf.		1,60	2,85	Mk.		
	Länge ca. 75 cm	Länge ca. 85 cm	Länge ca. 95 cm				
Reisekörbe	6 Mk.	7,50 Mk., gefüttert	13 Mk.	9 Mk., gefüttert	15 Mk.		
Touristentaschen, braun Segeltuch	95 Pf.		1,80	2,25	2,85	Mk.	
Trinkflaschen mit Riemen	45 u.		95	Pf.			

## Bade - Artikel

	Länge ca. 60	70	80	90 cm		
Bade-Anzüge für Kinder, rot Kattun	85	95 Pf.	1,05	1,10 Mk.		
Bade-Anzüge für Kinder, bunt gemustert Perkal	1,15	1,30	1,45	1,55 Mk.		
	Länge ca. 100	110	120 cm			
Bade-Anzüge für Damen, rot Kattun	1,30	1,40	1,50	Mk.		
Bade-Anzüge für Damen, bunt gemustert Perkal	1,75	1,90	2,00	Mk.		
Bade-Mäntel, weisser Kräuselstoff	2,90,	3,25,	3,70,	mit Kappe 4,50 Mk.		
Bade-Mäntel, bunt gemusterter Kräuselstoff	4,50, mit Kappe		5,25	Mk.		
Frottier-Handtücher	38,	55,	80	Pf., 1 Mk.		
	Grösse ca. 100 × 100					
Frottier-Laken für Kinder, weisser Kräuselstoff	1,20 Mk.					
	ca. 130 × 160 130 × 200 160 × 200					
Frottier-Laken für Erwachsene, weisser Kräuselstoff	3,25	3,75	4,75	Mk.		
	Länge ca. 90	100	110 cm	Länge ca. 75	85 cm	
Schwimmtricots, für Damen	2,60	2,80	3,20 Mk.,	für Knaben	1,80 2 Mk.	
	Länge ca. 95		105 cm			
Schwimmtricots für Herren	2,25,		2,50		Mk.	
Bade-Kappen	13,	20,	27,	35,	48 Pf., aus Gummi	90 Pf., 1,65 Mk.
Bade-Pantoffel	65 Pf.,		1,		1,40 Mk.	

Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 132/133.

Die Preisliste über Reise- und Bade-Artikel wird kostenfrei zugesandt.

Die Brandkatastrophe im New Yorker Hafen.

Noch immer ist man über die Zahl der Personen, die in den Flammen ihren Tod fanden, im ungewissen. Die „Vossische Zeitung“ giebt heute 320 Tote und Vermisste an, dagegen beziffert der Vertreter des „Norddeutschen Lloyd“, Herr Schwab, den Verlust an Menschenleben auf 125 bis 150. Vorläufig ist gar nicht daran zu denken, die Zahl der Verunglückten und ums Leben gekommenen festzustellen, da die Schiffspapiere verbrannt sind. Die Mehrzahl der Leichen ist nicht mehr zu rekonstruieren, da sie furchtbar entstellte sind. Die drei Schiffe „Saale“, „Bremen“ und „Main“ sind nahezu vollständig vernichtet. Der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ ist nach einer geringen Reparatur bereits von New York fahrplanmäßig abgegangen. Die „Sömanns Telegraphisches Bureau“ erzählt, beifolgt der „Norddeutsche Lloyd“ die Gewährung einer besonderen Rente an die Angehörigen der bei der Brandkatastrophe in Hoboken umgekommenen Offiziere und Mannschaften neben den Bezügen aus der Seemanns-Kasse und der Witwen- und Waisenkasse.

Einen New Yorker Drahtbericht der „Nebel-Korr.“ vom 1. Juli entnehmen wir folgende Schilderung der Brandkatastrophe: „So weit das Auge reicht, deden wilderregte, von Panik getriebene Menschenmassen die Ufer des Hudson. Zuerst hatte die Reugier sie hergetrieben, aber als die „Bremen“ als letzte die flammenden Piers langsam verließ, wenige Augenblicke ihren Kurs der Höhe zuhielt, dann aber plötzlich herren- und steuerlos dem Ufer gegenüber zutrieb und prasselnd und krachend die Feuer-gärten aus ihr heraus lohten und brennende Holzsplitter und Balken nach New York City hinüberfanden, da packte lähmender Schrecken all diese Hunderttausende und der Schrei des Entsetzens und der Angst graste durch das schreckenerregende Chaos betäubenden Lärmens. Die Flammen hatten den Maschinenraum der „Bremen“ eher erreicht als die der übrigen Dampfer, und ihre Mannschaften auf Deck getrieben, von wo sie, flammenumhüllt, sich nach einem kurzen verzweifelten Kampf mit dem feurigen Element ins Wasser warfen. Die „Bremen“ bildete bald den feurigen Mittelpunkt einer ganzen Flottille brennender Boote, Barken und Leichter, deren Insassen vergeblich sich dem Flammen-tod zu entziehen suchten. Auf zwei Leichtern war die Scene besonders furchtbar; jeder führte die ganze Familie des Schiffsführers, und es war herzzerreißend anzusehen, wie die Männer und Frauen wenigstens das Leben ihrer Kleinen zu retten suchten. Und noch immer griff das Feuer weiter um sich, und ein Boot, ein Kahn, ein Schiff nach dem andern wurde in die furchtbare Umarmung der in wahnwitziger Hast weiter züngelnden Flammen hineingezogen. Brennende Holzstücke flogen in allen Richtungen zischend durch die Luft und auf die anliegenden Warenhäuser und Schuppen nieder, um bald hier, bald dort einen neuen Feuerherd zu entzünden. Aber gleichzeitig jagten von allen Seiten die Feuerbaracken und Dampfer der New Yorker Fluss-Feuerbrigaden und der Hafenwehren heran und die Gefahr auf dieser Seite scheint fast beschworen. Eben glückt es, die „Bremen“ ins Tau zu nehmen, oder besser, das, was von ihr noch vorhanden ist, und vorwärts der Reede zu in freies Wasser zu bringen. In der Mitte des Flusses liegen „Main“ und „Saale“, ein Doppel-Flammenmeer bildend. Ihr Tafelwert schon zerstört, und nur der Hauptmast der „Saale“ noch brennend und halb verkohlt sich langsam vorn überneigend. In dichtem Kreise um sie her die Feuerwehrt-Fahrzeuge, die sie und die zahllosen kleineren Schiffe ringum mit wahren Sturzfluten von Wasser überschütten. Die Piers sind nur noch eine schwarze rauchende Masse, die dickeren Getrippen gleich aus den wildbewegten Wassern heraus ihre steileartigen Trümmer hilflos gegen den nächsten Himmel emporreden. Um sie her Hunderte von Booten, die unter dem unsicheren Schein der immer wieder bald hier bald dort aufstehenden Flammengärten der brennenden Schiffe alle jene Hunderte von Menschenleben zu retten suchen, die sich von den brennenden Planen ins Wasser geflüchtet haben, um dort wenigstens vor dem Feuerode Rettung zu suchen — die meisten nur, um den Tod des Ertrinkens zu finden. Furchtbar ergreifende Szenen folgen sich dabei in raschem Wechsel: Ueberall Väter, Mütter, Brüder, die ihre Kinder, ihre Schwestern, ihre Eltern suchen, ein fast hoffnungsloses Beginnen in diesem Tahnwadohu entfesselter Elemente.

Unter den Schreckensszenen der Katastrophe sei die folgende Erzählung des Kapitäns Smith von der Hafenpolizei herausgehoben. Er sagte: „Ich sah eine Frau, der sich die Flammen mit rasender Geschwindigkeit näherten. Ein Deamatorse warf ihr einen Spritzen-Schlauch zu und sie suchte sich mit seiner Hilfe des Feuers zu erwehren. Wie diese Frau um ihr Leben kämpfte! Ihr Kampf war aussichtslos. Sie hätte ebenso gut einen Theelöffel voll Wasser in einen speienden Vulkan schütten können in der Hoffnung, seine Blut zu erfriden. Während dessen sank das Schiff tiefer und tiefer, und der Verweissungslampf der Unglücklichen war zu Ende, als das Zwischendeck unter den Wellen verschwand. Niemand weiß, ob diese Frau eine Stewardess, Passagier oder Besucherin war. Als die „Saale“ led, mit brennendem Deck dahintrief, neigte sie sich auf eine Seite, und mit dem Wasser strömte der Tod zu den Vulkan hinein, deren Sicherheitsfenster zerplatzten waren. Man sah da wohl noch eine ermattende Hand, ein zurückstinkendes Gesicht, einen winkenden Kinderarm, bis das furchtbare Ende kam. Auf dem Rande eines in der Nähe befindlichen Schleppers aber stand ein Priester, der laut betend den Sterbenden Absolution zurief.“ Weiter wird von dem heroischen Kampfe einer Frau für das Leben ihres Kindes berichtet. Stundenlang suchte sie das Kind durch Bespritzen mit Wasser zu retten, bis beide dem unvermeidlichen Schicksal des Feuerodes verfielen. Von den Geretteten des „Main“ waren einem die Augen ausgebrannt.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New York berichtet: Auf einem 25-Quadratfuß messenden Raum zwischen den Liekboots sind 45 Ertrunkene aufgefunden worden. Die Taucher schildern das Innere der „Saale“ als vollkommen entblüht von Holzwerk. Viele Leichen fand man an den Rabinen schwimmend. Es ist eine Sammlung von Geldern für die Verunglückten begonnen worden. Dr. v. d. Schulenburg, ein bekannter Arzt, hatte einen Schiffarzt befragt und wird seither vernimmt; er ist wahrscheinlich verbrannt.

Lokales.

Freie Volkshöhne. Die ordentliche Generalversammlung für dieses Quartal findet am Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über Kunst und Recht vom Rechts-anwalt Herrn Victor Kränkl, ferner die Berichterstattung des Vorstands, Kassierers und der Revisoren über den geschäftlichen Verlauf

des Quartals und über die kommende neue Winterfaison. Ferner ist die Wahl eines Obmanns der Ordner für die neue 7. Abteilung vorzunehmen. Donnerstag, den 3. Juli, findet im Restaurant Steiger, Dresdenerstraße 116, eine Ordner-Sitzung statt zur Konstituierung der Ordnerkommission der 7. Abteilung, in welcher sich neue Ordner aus den Reihen der Mitglieder melden können. (Alles weitere siehe Inserat in heutiger Nummer.) Der Vorstand.

Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes resp. Vereine, welche bereit sind, zum Volksfest des vierten Kreises in Weihensee am Sonntag, den 16. Juli, mitanzuwirkeln, werden ersucht, sich zu einer gemeinsamen Probe am Sonntag, den 8. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Stadert, Andraastr. 21, einzufinden. Gesittet wird: Festgesang, Bruderkleid, Arbeiter-Vaterlandslid, Sehnsucht, Der Menschheit Erwachen, Sängermarsch. Aufgabe der Sänger: Preisbilletts daselbst. Um rege Beteiligung ersucht im Auftrage Otto Rasche.

Potsdam. Der sozialdemokratische Arbeiterverein hält am Donnerstag, den 5. Juli, in Glasers Lokal seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Vorstandswahl, sowie Fortsetzung der Diskussion über: „Die Umänderung der Partei-Organisation“.

Wie wenig die Augenheilstätten dem Bedarf genügen, zeigt eine Statistik, die am 1. Juni d. J. — man beachte das Datum — einem erkrankten Arbeiter vom Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin zugeht:

Auf Ihren Antrag vom 27. Januar d. J. benachrichtigen wir Sie hiermit, daß wir beschloffen haben, Sie in die Heilstätte Grabowsee aufzunehmen. Die Heilstätte ist indessen gegenwärtig voll belegt und kann die Aufnahme erst erfolgen, sobald eine Stelle für Sie frei wird. Es wird dies in einiger Zeit der Fall sein. Bestimmte Mitteilungen bezüglich des Tags, an welchem Ihr Eintritt in die Heilstätte erfolgen soll, wird Ihnen noch zugehen.“

Ueber fünf Monate hat der erkrankte Arbeiter warten müssen, bis ihm die Aufnahme in die Heilstätte in Aussicht gestellt werden konnte. Wie lange er noch warten muß, bis die Aufnahme erfolgt, bleibt dahingestellt.

Die Feststellung der Entschädigung der ehemaligen Privatpostanstalten macht der Postverwaltung viel Arbeit und Weiterungen. Von den 72 zu entschädigenden Anstalten im Reichspostgebiet haben bis jetzt erst 15 abgeschlossen werden können. Diese haben sich mit der von den Ober-Postdirektionen festgesetzten und vom Reichs-Postamt genehmigten Entschädigung einverstanden erklärt und die Beträge zum Teil schon abgehoben. Die Feststellung der Betriebsergebnisse der verbleibenden 57 Anstalten oder Befitzer von solchen ist dagegen noch nicht abgeschlossen. Auch läßt sich nicht übersehen, wann diese erfolgt sein wird. Die Ermittlungen sind zum Teil recht schwierig, da es oft an den geeigneten Grundlagen fehlt. Die Anstalten, die sich vielfach aus den kleinsten Verhältnissen emporgearbeitet haben, er-mangeln häufig einer Buchführung oder haben nur äußerst mangelhaft geführte Bücher aufzuweisen. In einzelnen Fällen wurde auch eine für die Postverwaltung neu angefertigte Buchführung vorgelegt, die natürlich jede Beweiskraft fehlt. Bei der Mehrzahl der Anstalten steht die Höhe der Forderung einer endgültigen Regelung der Angelegenheit im Wege. Es sind Forderungen gestellt worden, die ganz unerfüllbar sind. In diesen Fällen gehört auch die Forderung der Verkäufer Paketfabrik-Gesellschaft, der einzigen Aktien-Gesellschaft, die zu entschädigen ist. Bei dieser ist die Forderung von der Ober-Postdirektion Berlin geprüft und der Bericht dem Reichspostamt unterbreitet worden. Das Ergebnis läßt sich aber noch nicht übersehen. Nur so viel steht fest, daß die geforderte Entschädigung von 3/10 Millionen Mark auf keinen Fall bewilligt werden wird. Bei der Berechnung des entgangenen Gewinns dürfte auch der Umstand mit in Betracht zu ziehen sein, daß die Gesellschaft einen Teil ihres Betriebsvertriebs durch die Einführung der Poststellung von Druckmaschinen nach Adreßkarten zu erhalten gewohnt hat. Die Zahl der Fälle, bei denen es zu dem im Geleze vorgeesehenen Streiterverfahren kommen wird, läßt sich jetzt ebensowenig schätzen als die Gesamtsumme der vom Reichspostamt zu tragenden Entschädigungen aus Anlaß des Eingehens der Privatpost-Anstalten.

Für die Bewältigung des Fern- Reiseverkehrs, der sich schon jetzt bemerkbar macht und gegen das Ende der Woche seinen Höhepunkt erreicht, sind auf den Berliner Bahnhöfen bereits die un-fassendsten Vorbereitungen getroffen. Die Zahl der Gepäckträger und der im Packraum beschäftigten Beamten ist mehr als verdoppelt, da erfahrungsgemäß gerade die rechtzeitige Expedierung der Kisten vor dem Abgang der Züge massenhaft einlaufenden Gepäckstücke die größten Schwierigkeiten macht. Viele Personen geben zwar, wie es die Eisenbahn-Direktion nach einer von ihr erlassenen öffentlichen Bekannt-machung anrät, ihr Gepäck schon einen Tag vor der Abreise auf. Doch wird von dieser sowohl den Beamten wie den Passagieren zu gute kommenden Einrichtung immer noch nicht genügend Gebrauch gemacht. Ferner sind für besonders frequentierte Reiserouten, wie nach Thüringen oder den Ostseeländern in den Bahnhofstrassen besondere Willetschalter eingerichtet. Zur Regelung des gesteigerten Droschenverkehrs, welcher auf den am diese Zeit verkehrreichsten beiden Berliner Bahnhöfen, dem Anhalter und Slettinger, geradezu kolossale Dimensionen anzunehmen pflegt, dienen besonders Schumannsposten. Endlich ist auch auf den Rundreise-Bureau und der auf dem Potsdamer Bahnhof errichteten amtlichen Auskunftsstelle für den Reiseverkehr behufs schnellerer Abfertigung des Publikums die Zahl der Beamten vermehrt worden.

Strassenperrung. Die Koffstrassenbrücke nebst den Zufahrten zu derselben von den anstehenden Strassen wird wegen des Brücken-Reubaus, ebenso die Grinthalstrasse von der Bab- bis zur Wellermannstrasse ohne deren Kreuzungsmittel behufs Umfährung vom 9. ds. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Umzug Vater Philipps und seiner Gäste von der Linden- nach der Leichterstraße erfolgte am Montagvormittag in fünf geschlossenen Droschken. In der ersten Droschke saß in Begleitung eines Hauptmanns vom 4. Garde-Regiment zu Fuß Hauptmann Rabenberg von der Schartruppe. In den vier anderen Droschken folgten 11 andre Untersuchungsangehörige mit Unter-offizieren, die als Schlichter zum Arresthaus kommandiert sind. Ge-wöhnliche Arrestanten gab es garnicht, weil die betreffenden Argi-menter des Umzugs wegen die Vollstreckung der Arreststrafen auf acht Tage ausgesetzt hatten. Die Wache, die stets das 3. Garde-Regiment gestellt hat, wurde nachmittags eingezogen. Am Dienstag begannen die Maurer mit dem Umbau der Räume für die Zwecke des Militärgerichts.

Gegenmittel bei Vergiftung durch Bilze. In der Sommerzeit wiederholen sich die Fälle stets von neuem, daß Kinder mit giftigen Pflanzen spielen. Teile davon zerkauen und verschlucken. Da ein schnelles Eingreifen jederzeit geboten ist, so seien für die einzelnen heimischen Giftpflanzen die am leichtesten zu erreichenden Gegenmittel mitgeteilt. Weil es am besten ist, daß der Giftstoff möglichst schnell aus dem Körper entfernt wird, so empfiehlt es sich immer, einen Brechsch hervorgerufen. Man bewirkt ihn einfach dadurch, daß man den Kindern den Finger in den Mund steckt. Als Gegenmittel für die zurückbleibenden Pflanzengiftstoffe gelten für Bilskraut Essig und Zitronensäure verdünnt; für Tollkirsche starker Kaffee und Seifen-wasser, wobei außerdem kalte Umschläge auf den Kopf zu legen sind; für Stechapfel Essig und Zitronensäure; für Nachtschatten tohlen-saures Natron; für blauen Eisenhut Kaffee, Wein und Essig; für schwarze Nieswurz außer schwarzem Kaffee fettes Oel. Ein Gegenmittel gegen den roten Fingerhut bilden Kaffee, Essig,

Wein und Mether. Dazu können kalte Uebergießungen des Kopfes zur Anregung genommen werden. Diefelben Mittel sind bei Vergiftungen durch den gesteckten Schierling anzuwenden. Das grobe, gelbbliche Schöllkraut erfordert Kaffee, während bei Wolfsmilch laue Milch oder auch Essig gute Dienste leistet. Bei Giftstich sind Kaffee und Pflanzenjäure angebracht, und bei der Herbstzeitlose ist neben Essig auch Honig zweckdienlich. Natürlich ist bei irgendwie bedrohlichen Erscheinungen außerdem sofort zum Arzt zu fahden, da es sich bei allen den empfohlenen Mitteln nur um eine einstweilige Entgegenwirkung gegen die einzelnen Giftstoffe handeln kann.

Von einem Schlächterwagen überfahren und schwer ver-letzt wurde gestern mittag am Tempelhofer Ufer in der Nähe des Blücherplatzes der 11 Jahre alte Sohn Robert des Metallarbeiters Feind aus der Blücherstr. 23. Der Knabe fiel auf dem Wege von der Schule, als er den Fahrdamm überschreiten wollte, unmittelbar vor dem Wagen hin und geriet unter die Räder. Durch den Sturz zog er sich einen Bruch des linken Unterschenkels zu, während das rechte Vorderrad ihm am Kopfe schwer verletzete. Der Kutscher, den keine Schuld trifft, brachte den Verunglückten mit seinem Wagen in Begleitung eines Schutzmannes nach der Unfallstation I in der Wilhelmstrasse. Von dort wurde der Knabe mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Ein „schwerer Junge“, der schon seit Monaten von der Kriminalpolizei gesucht wurde, konnte am Sonntag unter ausnahmsweise günstigen Umständen festgenommen werden. Ein Kriminal-beamter sah aus seiner in der Petersburgerstr. 19 gelegenen Wohnung einen ihm wohlbelannten Eindrehler mit einer Frauens-person im gegenüberliegenden Park auf der Bank sitzen. Der Beamte telephonierte sofort nach dem Revier, um einen zweiten Beamten zur Unterstützung zu erlangen. Während der Zeit war der Eindrehler mit dem Frauenszimmer in einen nahebei gelegenen Schulheiß-Ausgang gegangen. Der Beamte ging nun hinein und forderte den völlig überraschten Burichen auf, mitzukommen. Dieser glaubte jedoch, der Beamte sei allein und schickte sich an zur Wehr zu setzen. Der Kriminalbeamte ersuchte nun einen anwesenden Briefträger, seiner draußen wartenden Kollegen herbeizuholen. Damit schien wohl dem Verhafteten jede Aussicht des erfolgreichen Widerstands geschwunden und er ergab sich zähneknirschend in sein Schicksal. Der Festgenommene ist ein Mitglied der Verbrecherzunft, der zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Im Gefängnis gelang es ihm mit jüdisch Gesicht den „wilden Raum“ zu spielen, daß er bald nach Herzberge geschickt wurde, von wo er nach ganz kurzer Zeit durch-brannte.

Auf dem Grabe seines Vaters vergiftet hat sich der 36 Jahre alte Ingenieur Paul Schmidt aus Stettin, der seit vier Wochen bei dem Schneidemeister Höhne in der Gollnowstr. 30 ein möbliertes Zimmer bewohnt. Schmidt verlor schon vor mehreren Jahren seinen Vater, der auf einem der neuen Kirchhöfe bei Wilmersdorf begraben liegt. Im vorigen Monat starb in Rauen seine Mutter. Am Sonn-abend ging er von Hause weg und kam nicht wieder. Seine Wirk-samen konnten sich sein Ausbleiben nicht erklären. Unterdessen wurde bei Wilmersdorf auf einem Grabe ein Mann tot aufgefunden. Mit Hilfe eines Briefes, den man bei der Leiche fand, ist jetzt festgestellt worden, daß der Tote Schmidt war. Dieser fürchtete, in der Ver-einbarung wahnhaftig zu werden, und nahm daher auf dem Grabe seines Vaters Chankali.

Schulden haben die 38 Jahre alte Zimmervermieterin Fräulein Helene Jany aus der Chausseest. 41 in den Tod getrieben. Das Fräulein bewohnte seit dem 1. Oktober d. J. den halben zweiten Stock des bezeichneten Hauses, hatte auch an zwei Herren vermietet, worüber bereits 300 M. Miete schuldig. Dazu kamen noch beträch-tliche Schulden an andre Stellen. Da der Hausverwalter zweifelte, zu seinem Gelde zu kommen, so kündigte er zum Juli. Die beiden Abmieter zogen bereits am Sonnabend, am Montag sollte die Mieterin ziehen. Als ein Schwager sie mittags besuchen wollte, erhielt er keinen Einlaß. Die Polizei, die er benachrichtigte, ließ die Wohnung öffnen und fand die Insassin tot im Bette liegen. Sie hatte Gift genommen, anscheinend Morphium. Ein Rest der Mischung befand sich noch in einem Topf, der vor dem Bett stand.

Die Leiche eines jungen Mädchens wurde Montagabend um 9 Uhr im Landwehrkanal an der Potsdamer Brücke angetrieben und gelandet. Die Tote, an deren Körper Spuren äußerer Gewalt nicht sichtbar waren, hat etwa 3-4 Tage im Wasser gelegen. Die Ver-storbene war etwa 22 Jahre alt, 1,57 Meter groß, von schlanker Figur und hat dunkelblonde Haare. Bekleidet war sie mit dunkel-blauem Rock und gleichfarbiger Taille.

Zwei Maurer schwer verunglückt. Beim Abwaschen des Schornsteins der im von befindlichen Volks-Vadearnial, Bärwald-straße 64, brach ein Teil des anscheinend nicht genügend besetzten Gerüstes zusammen, so daß zwei Maurer, Wenzel Remington und Josef Reich, aus der Höhe von etwa 15 Meter herabstürzten und das unter dem Gerüst befindliche Schutzdach durchschlugen. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus am Urban gebracht.

Durch ein Glasdach durchgebrochen ist der auf einem Grundstück der Spandauerstraße beschäftigte 18jährige Hausdiener Georg B. Der junge Reich hatte sich kaum auf das Dach hinaus-begeben, als daselbst zusammenbrach und er aus der Höhe von zwei Stockwerken in den Hof hinabstürzte. Die Folgen des Sturzes waren sehr traurige, und der Bedauernswerte trug schwere Kopf-wunden davon; beide Arme wurden ihm gebrochen, zahllose Glas-splitter drangen überdies in seinen Körper ein.

Durch Ueberfahren schwer verletzt wurde Montagmittag der 7 Jahre alte Knabe Arthur Sülther aus der Duffinsstr. 24. Ein Grünbaumhändler ließ den Jungen zu seinem Vergnügen mit-fahren. Auf dem Heimwege schlenderte der Wagen beim Einbiegen von der Kastanien-Allee in die Biondsirgstraße so heftig, daß der Knabe hinabfiel und unter die Räder geriet, die ihm über Kopf und Leib gingen. Der Verunglückte erlitt einen Schädel- und Becken-bruch und wurde mit einem Leichen Rettungswagen nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee und von dort nach der Königl. Klinik gebracht.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat Juni nächtigten im Männer-Asyl 20 150 Personen, wovon 8843 badeten; im Frauen-Asyl 3089 Personen, wovon 1206 badeten.

Das Juli-Programm des Metropol-Theaters bringt aller-hand Kostbarkeiten auf die Bühne. Der Equilibrist Robert balanziert einen Tisch, eine recht ausgewachsene Dame, sowie schließlich Tisch und Dame zusammen auf den Händen. Unter den vier Staudas hingegen leistet eine Vertreterin des zarten Ge-schlechts die schwere Arbeit. Um zu zeigen, welche Last zu tragen ein Weib fähig ist, läßt die hoch in der Luft schwebende Artistin ihre Arme als Schaukel verwenden, in der zeitweilig die übrigen Mit-glieder der Gesellschaft, zwei Damen und ein Herr, zusammen ihre Übungen verrichten. Als Kraftmensch in höherem Stun giebt sich der Hunnorist Fritj Steidel, indem er einen Lieutenant und dessen Unüberwindlichkeit glaubhaft in die Erscheinung treten läßt. Weiter wären zu nennen das komische Drollah- Trio, das auf unglücklichem Gebiet reformierend auftritt, und die Sängerin Rizzi Gizi, die amnützig einige harmlose Couplets zum besten giebt. Diese Dame spielt auch in der Aufführungsdoppe „Der Zauberer a m R I“ die ägyptische Königs-tochter mit vielem Geschid.

Feuerbericht. Ein großer Dachstuhlbrand wüthete Dienstag früh in der Kaulerstr. 39. Gegen 6 Uhr schlugen Flammen aus dem Dache des Vorderhauses, die sich rapide ausbreiteten, so daß bei Anbruch der Wehe nicht nur der größte Teil der Dachboden-lammern im Feuer standen, sondern die Flammen auch bereits

auf den linken Seitenflügel übergesprungen waren. Ein Angriff über Treppen und eine mechanische Leiter hinweg brachte zwar das Feuer zum Stehen, doch hatten immerhin drei Rohre fast zwei Stunden Wasser zu geben, bevor die Gefahr beseitigt war. Der größte Teil des zerstörten Hausrats ist zwar durch Versicherung gedeckt, doch erleiden auch drei nicht versicherte Mieter empfindliche Verluste. Die Entstehungsurache war nicht zu ermitteln. Früh 1 1/2 Uhr wurde die Behr nach Neue Königstraße 85 gerufen, wo Gas ausgeströmt war. Zu einer Explosion kam es glücklicherweise nicht, da die herbeigerufene Behr unter größter Vorsicht für Abstellung des Hauptrohrs und für Abzug der entweichenden Gase sorgte. Montagabend erfolgte gleichzeitig Alarm nach Straußbergerstr. 15, wo Kleider, und nach Burggrafenstr. 11, wo Badmaterial im Keller in Flammen aufgingen. Ein Wohnungsbrand verursachte einen Alarm nach Stromstr. 40 und Remisestr. 50. Außerdem wurde die Behr nach Greifswalderstr. 30 gerufen, wo Feuerwerkskörper explodiert waren und nach Turnstr. 67, wo ein Schornsteinbrand beseitigt werden mußte.

### Aus den Nachbarorten.

**Treptow.** In der am Montagabend stattgehabten Sitzung der Gemeindevorstellung Treptow wurde der Magistrats-Sekretär Paul Schablow aus Berlin zum beabsichtigten Gemeindevorsteher auf zwölf Jahre gewählt. Herr Schablow, welcher 43 Jahre alt ist, ist seit 24 Jahren beim Berliner Magistrat in den verschiedenen Verwaltungszweigen, zuletzt bei der Verwaltung der Kanalisationswerke und Riefelfelder, thätig gewesen.

**Aus Niddorf.** Die öffentliche Auslegung der Wahlerlisten für die im November d. J. stattfindenden Erziehungswahl zur Stadtverordneten-Versammlung erfolgt in der Zeit vom 15. bis 30. Juli c. r., im Wahlbureau des hiesigen Rathhauses. — Am 2. Juli d. J. waren 25 Jahre verfloßen, seit unser Ort die erste Pferdebuslinie erhalten hatte. Dieselbe ging damals vom Halleschen Thor bis in die Mitte der Bergstraße und wurde dies schon als eine große Errungenschaft angesehen. Freilich hatte damals noch niemand eine Ahnung, daß Niddorf jemals die enorme Entwicklung nehmen werde, die es tatsächlich genommen hat. — Vom Verden eines Straßenbahnwagens fürzte vorgestern Abend in der Bergstraße das dreijährige Schändchen des Pufflers Dunte aus der Reichenstr. 38. Das Kind fiel so glücklich, daß es nur verhältnismäßig leichte Verletzungen davon trug, die auf der Unfallstation XII behandelt wurden. — In der Herrmannstraße stießen gestern Abend zwei Motorwagen der Straßenbahn zusammen, wobei dem einen Wagen der Vorderperron eingebrochen wurde. Verlegt wurde niemand. Die Ursache des Unfalls soll die Verfassung der Bremsen gewesen sein.

**Nach Dalldorf** wird man vom 10. Juli an teils elektrisch teils mit Pferden fahren. Die landespolizeiliche Abnahme der elektrischen Anordnung der Linie Charlottenstraße—Weddingplatz—Tegeel ist auf den 9. Juli festgesetzt worden, so daß am 10. die Eröffnung des elektrischen Betriebs stattfinden kann. Die Verbindung wird gleichzeitig wesentlich verbessert, indem an Stelle des bisherigen 20 Minuten-Betriebs ein 10 Minuten-Betrieb zwischen den Linden und Tegeel eingerichtet wird. Jeder zweite Motorwagen der Linie erhält einen Anhängewagen. Dieser Anhängewagen wird von der Abzweigung der Linie nach Dalldorf, der Scharnweberstraße in Reimisdorf, mit Pferden bis zur Jrenanstalt geführt. Dalldorf behält also seinen 20 Minuten-Betrieb. Der Betrieb der Linie Tegeel—Charlottenstraße erfordert 20 Motorwagen. Die elektrische Energie für den Betrieb auf dem Tegeel Teil der Strecke liefert die Firma A. Vorfig, bis die Berliner Elektrizitätswerke die erforderlichen Einrichtungen getroffen haben.

**Neu-Weihensee.** Zum Bau des neuen Schulhauses in der Goethestraße hat die Gemeindevorstellung beschlossen, eine Anleihe von 325 000 M., mit 4 Proz. verzinslich, aufzunehmen. Die Regierung sowie der Schulvorstand fordert von der Gemeinde die Anstellung von sieben Lehrkräften an den hiesigen Schulen. Die Regierung verlangt von der Vertretung einen bedingungslosen Beschluß, inwieweit die Mittel der Gemeinde zur Beoldung dieser Lehrkräfte ausreichen und ob die Vertretung sich zu dieser Anstellung bereit erklärt. Sollten die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, so würde von der Regierung eine Beihilfe geleistet werden. Die Vertretung erklärte sich im Prinzip für die Anstellung der verlangten Kräfte, kann aber aus finanziellen Gründen zum 1. Oktober nur 2 evangelische und 1 katholischen Lehrer sowie eine Lehrerin anstellen. Für die Beoldung der übrigen müßte die Regierung sorgen.

Die Straßenarbeiter haben einen Antrag auf Lohnerhöhung eingereicht. Statt des jetzt üblichen Lohnsatzes von 1,50 M. werden 2 M. für den Tag gefordert. Unsere Genossen hatten hierzu den Antrag gestellt, die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden festzusetzen. Dem Antrage auf Lohnerhöhung wurde stattgegeben, nicht aber dem Antrage hinsichtlich der Arbeitszeit. Einer derartigen Festschließung des Achtstundentags — so erklärten bürgerliche Vertreter — könne man aus Prinzip nicht zustimmen, da ein solches Vorgehen anfechtend auf die Arbeiter der anderen Betriebe wirken müßte. Die ordentliche Arbeitszeit müsse innegehalten werden. Nach eingehender Debatte, in der es unren Genossen leicht war, die indischen Gründe der Gegner zu widerlegen, fand ein Vermittlungsantrag: die Arbeitszeit auf 9 Stunden von früh 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit zweifelhäufiger Ruhepause festzusetzen, die Zustimmung der Mehrheit der Vertretung. Die genannten Arbeiter, zumeist ältere Personen, unterziehen dem neugetählten Kuratorium für die Gemeindevorstellung, dem auch Genosse Schillert angehört.

Der Antrag des katholischen Kirchenvorstands auf Bewilligung eines Zuschusses aus Gemeindevorstellungsmitteln für den Kirchenbau rief ausgedehnte Debatten hervor. Von unren Genossen wurde die Erklärung abgegeben, daß diese, ebenso wie früher bei dem geforderten Zuschusse zur evangelischen Kirche, so auch hier prinzipiell gegen den Antrag stimmen würden. Die bürgerlichen Vertreter jedoch hatten in ihrer Verlegenheit archaische Forschungen unternommen. Dem Gemeindevorstandeten Grobe war es gelungen, ein Edikt des Kurfürsten Joachim II. von Brandenburg aus dem Jahre 1539 (!) aufzuspüren, nach welchem in der Kurmark auch Andersgläubige zum Bau evangelischer Kirchen in irgend welcher Form beizutragen gezwungen werden können. Der angeführte Abzug des katholischen Kirchenvorstands könne man also ruhig entgegen sehen. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Auf Antrag des Pferdewerkschaffers Thunert wurde dem Vorsteher aufgegeben, bei der Regierung die Verrechnung der Pferdewerke von 10 auf 20 pro Jahr zu beantragen, resp. die Genehmigung der Regierung hierzu einzubohlen.

### Gerihts-Beitung.

§ 270 des alten preussischen Strafgesetzbuchs ist noch rechtsgültig. Bei Versteigerung eines Grundstücks erkaufte der Besitzer Hoberg einen andern Herrn, der durch eine Hypothek bei jenem Grundstück beteiligt war, doch nicht mitzubieten; er würde ihm schadlos halten. Er wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 270 des preussischen Strafgesetzbuchs angeklagt. Dieser Paragraph bedroht mit Geldstrafe und eventuell mit Gefängnis bis zu 6 Monaten den, der einen andern vom Mitbieten oder Weiterbieten bei den von öffentlichen Behörden oder Beamten vorgenommenen Versteigerungen, möge es sich um Verläufe, Pachtungen oder um Geschäfte anderer Art handeln, durch Gewalt oder Drohung, oder durch Zuführung oder Verschönerung von Vorteilen abhält. Das Schöffengericht sprach H. frei und das Landgericht verwurft die Verurteilung der Staatsanwaltschaft, indem es dem § 270 des alten preussischen Strafgesetzbuchs die Rechtsgültigkeit absprach, weil die ganze Materie im Reichsstrafgesetzbuch geregelt sei. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und hatte damit Erfolg. Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache

an das Landgericht zu anderweiter Entscheidung zurück. Nach Annahme des Senats besteht der § 270 des preussischen Strafgesetzbuchs auch noch heute zu Recht.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns von der Nr. 14 des 10. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Was bringt die neueste Reform der Gewerbe-Ordnung den Arbeiterinnen. — Die Fabrikarbeit verarbeiteter Frauen in Bayern. Von D. Zimmer (Schluß). — Aus der Bewegung. — Familienrat: Medizinikerinnen des Mittelalters. Von Melanie Wipinski. Aus dem Französischen übersezt von Eugenie Jacobi. (Schluß). — Rotzintell von Lily Braun und Clara Zetkin: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Kellnerinnenbewegung. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1900 unter Nr. 3122) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

### Vermischtes.

**Neues aus König.** Kaiserliche Gerichte durchschwirren wieder tagtäglich die Stadt. Bald ist irgendwo ein Arm aufgefunden, bald an anderer Stelle Winters Eingeweide. An all diesem ist kein wahres Wort, denn ganz unheimlich arbeitet mitunter die Phantasie. Die Akten in Sachen Hoffmann sind nunmehr, nachdem der Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann dieselben für geschlossen erklärte, der Staatsanwaltschaft zurückgegeben worden. Die Großmutter, Straßammer wird nun in den nächsten Tagen über die Eröffnung des Hauptverfahrens oder die in sicherer Aussicht stehende Einstellung des Verfahrens zu beschließen haben. Die genaue Höhe der der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellten Summe für Verlohnungen betreffs Ermittlung der Winterischen Mörder beträgt 32 750 M. Der Kultusbeamte Lewythan aus Riefenburg soll am 11. März in Königs gewesen sein und in der Heimat erklärt haben, er fahre zu einem Zahnarzt nach Danzig. Er wird demnächst gerichtlich vernommen werden. Leuchs Sohn, Moritz, befindet sich in König. Die unparteiische Berichterstattung muß registrieren, daß in der That gegen ihn ein Verfahren wegen Meineids anhängig gemacht wurde. Der Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann soll ihm deshalb nahegelegt haben, nicht fortzuziehen. Er ist also hiergeblieben, Vater und Bruder haben indessen die von uns angekündigte Reise mittels Hundreise-Billets angetreten. Der Jahrmarkt findet dem Vernehmen nach jetzt nicht statt, für die erste Zeit sei gar nicht daran zu denken. Am Dienstag verlaute, die Berliner Kriminalkommission werden König binnen kurzem verlassen, zunächst Behn, später Matt. — Die Unteroffiziere und Mannschaften der hiesigen Belegung haben wegen größerer Aufwendungen Zuschüsse von 10—20 M. erhalten. — Gelder für die Einquartierung des Militärs werden den bedürftigen Einwohnern und Quartiergebern von der Stadtkasse täglich ausgezahlt.

**Das Luftschiff des Grafen Zeppelin** hat am Montagabend die Fahrt über den Bodensee angetreten und ist nach glatter Fahrt bei Jmmenstadt gelandet. Ueber den Versuch wird folgendes berichtet: Montagmorgens 5 Uhr kam der Dampfer „König Karl“ mit den Gästen und der kleine Dampfer „Uchhorn“ mit 100 Mann von der Feuerwehr, der Turnerstaffel und von dem in Weingarten stehenden Infanterie-Regiment vor der Ballonhalle an. Wie am Tage vorher herrschte morgens leichter Ostwind, mittags Westwind. Gegen 7 1/2 Uhr traten im unteren Teil der oberen Luftschiffen günstige Windverhältnisse ein und der Ballon wurde von der Halle vorgezogen. Es war 7 1/2 Uhr, als das Kommando ertönte „los“ und „Bier Meier Stride nachlassen“. Hierauf hob sich der Kolob bei langsamem Aufstieg 5—10 Meter. Nochmals ertönte dann das Kommando „höher“. Es war ein erbebender Anblick. Der Ballon schwebte frei unter den tausendstimmigen Hurros der Zuschauer. In der vorderen Gondel saßen Graf Zeppelin und Professor Passus-München, der mit meteorologischen Instrumenten versehen war, und ein Monteur. In der hinteren saßen der belannte Forschungsreisende Eugen Wolf und ein Monteur. Bei südlichem bis südwestlichem Winde trieb der Ballon erst gegen Süden bis auf etwa 400 Meter. Dann bog er ab und wendete sich gegen Norden. Einmal senkte sich die Spitze nach unten und schob sich dann wieder nach oben. Der Ballon drehte sich um seine Achse, indem er durch alle diese Manöver seine Festbarkeit darthat. Auf einmal fiel der Ballon plötzlich herab, hob sich wieder, bis das rasche Sinken auffallend wurde und plötzlich die Gondeln, den Ballon über sich, auf dem See bei der Jmmenstädter Landungsbrücke schwammen. Nach 15 Minuten auf 3 Kilometer Entfernung war das Luftschiff genötigt zu landen, wobei die äußere Kaskenhülle leicht beschädigt wurde. Von der Befragung wurde niemand verlegt. Das Urteil geht einstimmig dahin, daß das Balonieren vortrefflich ging, daß aber die Luftschrauben noch mangelhaft funktionieren und die Tragkraft für den Niesenkörper zu gering ist. Zur Beseitigung von Verbesserungen wird in den Anfahrtsversuchen vorläufig eine Pause eintreten.

**Französische Stellenvermittlung: Schwindler.** Stellen jeder Branche während der Pariser Weltausstellung werden auch solchen Personen vermittelt, die keine Kenntnis der französischen Sprache haben, so heißt es in einem Inserat, das ein Pariser Institut zur Zeit in deutschen Zeitungen veröffentlicht. Wer sich daraufhin meldet, erhält einen gedruckten Prospekt zugesandt, in welchem zunächst eine Uebersicht der in Paris üblichen Saläre gegeben wird für Bureau-Angestellte und Kommis 150—500 Fr. pro Monat, Kauf- und Hausbesitzer, Kutscher, Einlassierer usw. 5 bis 10 Fr. pro Tag, Gaudwerker 7 bis 20 Fr. pro Tag, Verkaufswomen und Kassiererinnen 100 bis 300 Fr. pro Monat und Hotelpersonal, wie Kellner und Hausmädchen außer Kost, Logis und Trinkgeldern 50 bis 300 Fr. pro Monat. Ausdrücklich wird dabei noch bemerkt, daß für die in der Ausstellung selbst beschäftigten Personen die Saläre bedeutend höher sind, als oben angegeben. Wer aber eine solche löhrende Stellung erhalten will, hat einen Fragebogen, auf welchem die Art der gesuchten Stellung, Name, Wohnort, Vorbefähigung, Gehaltsansprüche des Stellensuchenden usw. anzugeben sind, auszufüllen und diesen nebst 10 Mark „in Banknoten oder Gold“ an das Pariser Institut zu senden, wofür dann in ein von dem letzteren selbst herausgegebenes Offertenblatt, das nach der Veröffentlichung des Prospekts täglich 30 000 Exemplare umsonst“ erhalten, 2 Wochen hinterander eine Annonce inseriert und dem Inserenten ein — Belags-Exemplar zugesandt wird. Trotz dieser häufigen Wiederholung des Stellensuchens ist besonders für diejenigen, welche der französischen Sprache gar nicht oder nur wenig mächtig sind, wohl kaum auf einen Erfolg zu hoffen. Denn wie der Deutsche Hilfsverein in Paris schon wiederholt warnend mitgeteilt hat, ist gar nicht daran zu denken, daß derartige Personen in der Ausstellung Beschäftigung finden, da selbst Deutsche, die das Französische geläufig sprechen, zu vielen Hunderten beschäftigungslos in Paris umherlaufen. Infolgedessen erklärt sich auch der Deutsche Hilfsverein außerstande, diesen Personen die Mittel zur Rückkehr in die Heimat zu bewilligen.

**Ein schadenreicher Eisenbahn-Unfall** ereignete sich auf dem Berliner Bahnhof in Hamburg. Der Berliner Post-Gilgüterzug Nr. 2986 geriet beim Einlaufen wegen Versagens der Maschinenbremse gegen eine Mauer der Personenhalle, wobei mehrere Wagen entgleisten, welche Stützgerüste und wertvolle sächsische Jagdhunde (1000—1500 M. das Stück) enthielten. Das Vieh hat geringe Verletzungen erhalten, doch ist der übrige Materialschaden bedeutend. Leider sind bei dem Unfall auch zwei Personen verletzt worden; der als Zugführer amtierende Bademeister Abend aus Hamburg und der Postkassierer Rehfeld aus Berlin. Ersterer brach sich den rechten Unterarm, letzterer zog sich eine Verletzung der Rippen zu. Beide wurden sofort in ärztliche Behandlung genommen.

**Ein riesen Eisenbahntunnel**, der Europa mit Afrika verbinden und die Meerenge von Gibraltar durchqueren soll, wird von dem französischen Ingenieur Verlier geplant. Die spanische Re-

gierung soll zur Ausführung des Unternehmens bereits die Genehmigung erteilt haben; diejenige des Sultans von Marokko soll noch eingeholt werden. Verlier rechnet auf den Betrieb des Tunnels und der sich anschließenden Bahn auf eine jährliche Einnahme von 15 1/2 Millionen Franc. Die Kosten für den Bau des 32 Kilometer langen Tunnels sind auf 125 Millionen Fr. veranschlagt; diejenige für eine Eisenbahn von Tanger zur Verbindung mit dem algerischen Rey auf 120 Millionen Fr.

**Eine Windhose** ging am Montagabend in der Gegend von Redlinghausen nieder und richtete große Verheerungen an. Zahlreiche Häuser wurden abgedeckt, die Bäume geknickt; das anlässlich des Schützenfestes errichtete Schützenzelt wurde vollständig niedergelegt und seine Massen unter den Trümmern begraben. Zahlreiche Personen wurden verletzt und größtenteils in das Krankenhaus gebracht, wo bereits einer gestorben ist. Die Ortschaft Der hat ebenfalls sehr gelitten.

### Witterungsbericht vom 3. Juli 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. R.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. R.
Stuttgart	755	SSO	4	wolkig	22	Darmstadt	752	SSW	2	wolkig	15
Hamburg	754	SSW	3	wolkig	20	Petersburg	755	SS	1	bedeckt	17
Berlin	756	SSW	2	Regen	20	Leipzig	761	SSW	3	wolkig	14
Frankf./M.	757	SS	4	bedeckt	19	Aberdeen	756	NO	5	bed.	15
München	760	SSW	5	bed.	22	Paris	—	—	—	—	—
Wien	759	SO	1	bedeckt	20	—	—	—	—	—	—

### Weiter-Prognose für Mittwoch, den 4. Juli 1900.

Aufler, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Marktpreise von Berlin am 2. Juli 1900

nach Ermittlungen des lat. Volksgewerksinns		nach Ermittlungen des lat. Volksgewerksinns	
Waren	Preis	Waren	Preis
Wegeln, gut	10,00	Rartoffeln, neue, D-Gr.	1,00
mittel	9,00	Wendisch, Reite 1 kg	1,20
gering	8,00	do. Baum	0,90
*) Roggen, gut	15,10	Schweinefleisch	1,90
mittel	14,00	Rindfleisch	1,60
gering	13,00	Lammfleisch	1,10
*) Gerste, gut	14,90	Butter	2,90
mittel	13,80	Eier 60 Stück	3,60
gering	12,80	Karpfen 1 kg	—
*) Hafer, gut	16,00	Bale	2,80
mittel	15,00	Haube	2,60
gering	14,00	Seide	2,40
Nichtstrot	6,82	Barische	1,80
Hen	9,90	Schleie	2,40
Größen	40,00	Biese	1,40
Speisekohlen	45,00	Stedje per Schot	20,00
Wäsen	70,00	—	—

\*) auf Bahn.

\*) frei Wagen und ab Bahn.

**Produktmarkt vom 3. Juli.** Am heutigen Getreide-Frischmarkt war die Haltung schwach im Einklang mit Amerika, wo die Zunahme der visiblen Supply und angeblich gedehnte Ernte-Aussichten auf die Preise drückten. Weizen war anfangs 1 1/2 M., Roggen 0,50 M. billiger zu haben, doch war das Angebot in beiden Artikeln nicht sehr dringlich, da die Unbedingtheit der Witterung in unserer Gegend ein kümmerliches Gegenmoment bildete. Als dann mittags von den Märkten des Reichs Ungarische festere Meldungen kamen, während man infolge schwacher amerikanischer Berichte auch von dort niedrigere Notierungen erwartete, konnte sich der hiesige Markt leicht erholen und die Tendenz des Mittagsverkehrs nahm einen mehr abwartenden Charakter an. Die Kaufkraft war von Anfang bis Ende nicht bedeutend und die Umsätze blieben beschränkt. Getreide Ware war reichlich aus zweiter Hand zu haben. Die Schlußpreise ließen sich für Weizenlieferungen nach 0,50 M. unter gestern; Roggen war zuletzt für spätere Lieferungen gegen Anfangspreise befristet, nahe Vorkaufspreisen etwas schwächer. Hafer lag still, im Preise kaum verändert, Mais 1,50 M. schwächer, Rüssel war fest.

Spiritus loco unverändert.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

**Gemein.** Sie würden gewiß besser thun, sich an unabhängiger Stelle zu beschreiben. Uebrigens ein Bericht, bei dem Sie die Spalten zu entnehmen, liegt nicht vor. — **S. 100.** Das ergäbe die in Ausnahmefällen jedes Bahnhofs, der Feuerwehrt hat. — **S. 100. (Hörschraube).** Ausnahmefälle des Anhalters Bahnhofs. — **S. 100.** Das müßte Sie infolge der Bestimmung des Mietvertrags sich ohne Entscheidung gelassen lassen. — **S. 2. Mantuffelstr. 84.** Tragen Sie dem Gericht die Sachlage vor. Sprechen Sie mit der Klage eventuell vor dem Termin in der juristischen Sprechstunde vor. — **Weihensee.** 1. Ja. 2. Und nicht bekannt. Wenn Sie einen Brief an den Reichstag adressieren, kommt er bei der richtigen Adresse an. — **W. B. 101.** Rorden auf den Handrücken, O-Beine, erschweren nicht den Dienst zu Fuß, als zu Pferde; Plastrum unangebracht. — **S. 100.** 1. und 2. Wenn Sie beweisen, daß das Kleid unpassend ist, so würde der Schadenersatzanspruch durchdringen. Bevor Sie die Klage anstellen, überlegen Sie aber, ob das Kleid in der That so schlecht gemacht ist, daß jeder Tadverhängende befunden würde, es sei untauglich. Zuständig für die Klage wäre das Amtsgericht 3. Diese Wassengattungen haben Unterschiede, deren Darlegung zu weit führen würde. — **Eringer.** Weider hat die Kasse solche Verpflichtung nicht. — **S. 39.** Sprechen Sie mit Vertrag und dem Steuerungs-Schreiben in der juristischen Sprechstunde vor. Die Bernachlässigung der Form wäre unbedeutlich, erheblich aber, so nach dem Inhalt überhaupt eine Anhängigkeit vorliegt. — **Schweidnitz.** Wenden Sie sich an die Polizeibehörde mit dem Antrag auf Erlass der verloren gegangenen Karte. — **S. 94.** 75 Pf. bis 1 M. und als angemessen erachtet. — **S. 100.** Die von Ihnen beschriebene Art der Kündigung wäre wirksam. — **Triffler.** 41. In erster Linie ist die Bestimmung des Vertrags dafür bestimmend, was die Wohnung zur Beschäftigung freistehen muß. Ist keine Bestimmung im Vertrag enthalten, so muß in angemessener Zeit die Wohnung zur Beschäftigung freigestellt werden. Mangels einer Vereinbarung über die Angelegenheit soll der Zeit, die der Vermieter der Wohnung zur Verfügung zu stellen hat, 3 bis 5 Uhr in der jetzigen Jahreszeit für angemessen zu erachten. — **S. 1000.** Der Austritt, nicht die Abreise ist bekannt zu machen. Nach § 2 des Vereinsgesetzes ist ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen und jede Änderung der Vereinsmitglieder mitzuteilen. Dazu gehört aber nur die auf die Angehörigen oder nicht Angehörigen zum Verein bezügliche Veränderung. — **S. 20.** Es erscheint ratsamer zu zahlen als er, nach mehr Gerichtskosten zu zahlen als das Streitobjekt beträgt. Kindern kann auch voller Waisen ersucht werden. — **Schneider.** Wenn gekündigt werden muß hängt in erster Linie vom Inhalt Ihres Vertrags ab, nicht in demselben nicht, so kann stattdessen bis am dritten Tage des Quartals gekündigt werden. — **Ul. Sanders.** Ihre Frage, ob Gläubiger der Eisenbahnarbeiter gewerkschaftlich sind, hängt mit der Frage zusammen, ob für ihre Klagen das Gewerbegericht zuständig ist. Ist für ihre Klagen die Zuständigkeit des Gewerbegerichts begründet, so steht ihnen auch das Recht zu. Die Zuständigkeitsfrage wird von einigen, so Böhmen, in vollem Umfang bestritten, von anderen, so Raab, verneint. Das richtige liegt in der Mitte. § 6 der Gewerbe-Ordnung entzieht dem Beginn des Quartals dem Gewerbegericht die Eisenbahn-Unternehmungen; das Gewerbegericht aber nur für Klagen solcher Personen zuständig, auf die die Gewerbe-Ordnung Anwendung findet. Richtig ist das Gewerbegericht für Klagen der Arbeiter der Eisenbahn-Unternehmungen zuständig, auf die die Gewerbe-Ordnung Anwendung findet. Richtig ist das Gewerbegericht für Klagen der Arbeiter der Eisenbahn-Unternehmungen und § 6 der Schaller, der Ratschluß der Streckenarbeiter beschließt. Die Eisenbahnen betreiben aber vielfach neben ihrem Betriebesgewerbe ein andres, auf Herstellung, Reparatur der Eisenbahnwagen usw. gerichtetes Gewerbe. Dieses Gewerbe gehört nicht zu dem durch § 6 angegebenen Eisenbahngewerbe. Mitin sind die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter gewerkschaftliche Arbeiter im Sinne der Gewerbe-Ordnung und wahlberechtigt. Sie müssen also zwischen den Arbeitern unterscheiden, die für das Gewerbe der Eisenbahn zuständig sind — solche sind nicht wahlberechtigt — und denen, die bei andern selbständigen, wenn auch mit dem wirtschaftlichen Zweck der Eisenbahnbetriebe zusammenhängenden gewerblichen Betrieben, wie Waggonbau, anhalten, Schienenreiner, Wägen, Zugmaschinen, Schaffner und dergleichen sind nicht wahlberechtigt. — **Abledhof 1.** Ein Anspruch steht den betreffenden Unternehmungen nicht zu. — **S. 9.** Ja. — **S. 100.** Der betreffende Vorstandsbeschluß war formell gültig. Er ist aber durch den Generalversammlungsbeschluß aufgehoben. Die Teilnahme des Betreffenden an der Vorstandswahl war nicht zulässig, die Vorstandswahl gültig. — **Zwei Deutsche 1 B.** Ist mit Staatspension für ein Gefängnis, nicht für ein Postgefängnis. — **S. 23.** 1. Das hängt von der Art und von der Dauer der Verurteilung im Einzelnen ab. 2. Die Kündigung ist rechtzeitig. — **T. G. 18. Cerial.** Ja. —

Verantwortlicher Redacteur: Hugo Voersch in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.